

KB **Unser Weg**

KOMMUNISTISCHER BUND

Preis 1DM

Der „Osthandel“

**Politische Waffe
des
BRD-Imperialismus**

**REVISIONISMUS
KRITIK 4**

VORWORT

In nächster Zeit werden die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert werden; damit gewinnt die "Ostpolitik" der Imperialisten besondere aktuelle Bedeutung. Es ist und bleibt Ziel der Imperialisten, in Europa die Lage zu ihren Gunsten zu verändern und dazu gehört, daß sich der westdeutsche Imperialismus die DDR einverleiben möchte, seine Expansion auch nach zwei verlorenen Weltkriegen in Osteuropa vorantreiben möchte.

Zur Zeit des "kalten Krieges" hofften die Imperialisten auf einen baldigen Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, den sie mit Drohung, Blockade und Gewalt zu fördern suchten.

Heute, nachdem diese Politik gescheitert ist, können die Imperialisten nicht ohne ein "Vereinigtes Europa" ihre aggressive Strategie in die Tat umsetzen.

Daran hat sich auch mit der "Neuen Ostpolitik" der SPD/FDP-Regierung nichts geändert, die die alten Ziele unter dem Deckmantel des "Friedens" und der "Völkerverständigung" vorantreiben will.

Im Zuge dieser Änderung der Taktik der Imperialisten wurde die politische Waffe des "Osthandels" in viel stärkerem Maße eingesetzt. Seit Mitte der 60er Jahre versuchen die Kapitalisten mit Handelsverflechtung, Kooperation, Kapitalexport etc. das ihre dazuzutun, um die Länder des RGW mehr und mehr dem Kapitalismus in die Arme zu treiben.

Diese Fragen sind Gegenstand der vorliegenden Broschüre zur Revisionismuskritik. Revisionismuskritik deshalb, weil sich diese Taktik der Imperialisten wesentlich auf das Entgegenkommen und Zusammenarbeit der Revisionisten stützen kann. Im Zuge dieser Zusammenarbeit verbreiten die Revisionisten immer tollere Geschichten und Illusionen über den Imperialismus:

Sie erfinden "realistische" und "friedliche Fraktionen der Bourgeoisie", propagieren weltweite Arbeitsteilung, "krisenfreie Oasen des Absatzes" und daß die Verträge von Moskau und Warschau viele, viele Wünsche der Arbeiterklasse der BRD in Erfüllung gehen ließen.

Ein anschauliches Beispiel dafür wird anlässlich der Ratifizierungsdebatte von der DKP geliefert und verstärkt noch geliefert werden.

Nicht zu trennen ist diese Arbeit über die politische Waffe "Osthandel" für die Imperialisten mit der Kritik am "sozialistischen Lager" bzw. des "realen Sozialismus".

Da dieser Teil der Revisionismuskritik noch nicht fertiggestellt ist, veröffentlichen wir diese Broschüre in vorliegender Form.

Vorbemerkungen zur Strategie und Ideologie des BRD-Imperialismus

Den folgenden Anmerkungen zur Strategie und Ideologie des westdeutschen Imperialismus wurden der Einfachheit halber zwei Bücher zugrunde gelegt: Franz Josef Strauß, "Entwurf für Europa", Stuttgart 1966 und Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, "Wenn der Westen will-Plädoyer für eine mutige Politik", Stuttgart 1964.

Mit Blick auf Europa ist das Hauptziel der Imperialisten die Veränderung des status quo (d. h. der gegebenen Lage) zu ihren Gunsten, die Einvernahme der Länder Osteuropas und Südeuropas ins kapitalistische Lager, die Einverleibung der DDR, die Zurückdrängung der Sowjetunion, die Aufrichtung eines "Vereinigten Europa" unter Führung des westdeutschen Imperialismus. Offen wird erklärt, es sei "höchste Zeit, ... die Kräfte in der Welt zu verändern" (Strauß, S. 56); die "Veränderung der politischen Machtverhältnisse und die Festigung eines neuen militärischen Gleichgewichts" wird angestrebt (Strauß, S. 65).

Natürlich behaupten die Imperialisten das "Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung für ganz Deutschland" und fordern die "Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neiße." (Strauß, S. 82). Der deutsche Imperialismus erhebt den Anspruch, die DDR und weite Teile der VR Polen mit ihren Industrie- und Rohstoffgebieten sich anzueignen. Aber noch mehr: Die Imperialisten wollen wieder "eine Rolle in der Welt spielen" (Strauß, S. 17), den US-Imperialismus "von seinen vielfältigen Aufgaben entlasten" (Strauß, S. 29). Der westdeutsche Imperialismus will als Junior-Partner des US-Imperialismus an dessen kolonialen Raubzügen und weltweiten Unterdrückungskriegen beteiligt werden.

In der Art des Hitler-Faschismus halten die Imperialisten daran fest, sie hätten eine "moralische Aufgabe", die "osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang" zu "befreien" (Strauß, S. 53), d. h. dort den Kapitalismus wieder herzustellen und diese Länder dem Einflußbereich des westdeutschen Imperialismus zu unterwerfen. Noch deutlicher drückt Guttenberg das aus: "Unser Ziel ist die Durchsetzung der Freiheit. Der Verantwortungsbereich der deutschen Politik geht daher über die deutschen Grenzen hinaus. Deutschland trägt Verantwortung in und für Europa. Ich zögere nicht zu sagen, daß es eine deutsche Mitverantwortung - auch für Osteuropa gibt. Niemand soll glauben, daß sich die deutsche Freiheit ohne grundlegende Änderung der Verhältnisse in Osteuropa wiederherstellen ließe.

Wir sind ... außerstande, uns mit dem Verlangen zu begnügen, von den Kommunisten in Frieden gelassen zu werden. Unsere Forderung geht weiter. Sie besteht darin, die eigene Freiheit zu bewahren und die des Nachbarn wiederherzustellen." (Guttenberg, S. 217). Im Klartext übersetzt heißt das: wir Imperialisten wollen uns überall durchsetzen, auch in Osteuropa. Wir wollen dort die sozialistische Gesellschaftsordnung "grundlegend ändern", d. h. beiseitigen. Wir Imperialisten beanspruchen, die Geschicke der Völker anderer Länder zu bestimmen. Wir können uns nicht mit einer friedlichen Koexistenz "begnügen", sondern verfolgen weiter unsere aggressiven Ziele gegen die Völker der sozialistischen Staaten.

Die Imperialisten stützen ihre langfristigen Pläne auf die weitere Entwicklung des Revisionismus in den sozialistischen Ländern, oder - wie sie selbst formulieren - auf die "innere Evolution der kommunistischen Welt" (Strauß, S. 41). Die Imperialisten begrüßen die "Entwicklung einer nationalen Bewegung in den vom Kommunismus kontrollierten Ländern" und eine "zunehmende Tendenz der Kommunistischen Parteien in den Ländern der freien Welt, eine unabhängige Richtung von Moskau zu verfolgen." (Strauß, S. 62). Die revisionistische Entartung in den sozialistischen Ländern wird von den Imperialisten aufmerksam verfolgt: "Es ist eine Mittelschicht von technischen Funktionären und Beamten, von Technikern und Automationsexperten entstanden. Sie haben eine neue Dynamik ausgelöst, die der Westen unterstützen sollte. Zwar wäre es falsch, im Zusammenhang mit dem Marxismus von einer neuen Bourgeoisie zu sprechen; das Entstehen einer neuen, unabhängigen Führungsschicht aber ist in Osteuropa kaum zu übersehen. Die Verstärkung der Kultur- und Handelsbeziehungen mit diesen Staaten könnte solche Tendenzen fördern." (Strauß, S. 41/42) "Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südeuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen: durch Jugend- und Akademiker-Austausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel." (Strauß, S. 44). "Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, eine dort in den ersten Ansätzen erkennbare Entwicklung zu fördern" (nämlich den Revisionismus!) "und zu dem Punkte zu bringen, von dem aus es keine Rückkehr mehr zu den alten Methoden des Terrors gibt," (d. h. zur Diktatur des Proletariats!) "wie er zu Zeiten Stalins praktiziert wurde." (Strauß, S. 45). Diese Politik zielt ferner auf die Isolierung der DDR von den anderen sozialistischen Ländern: "Die Beziehungen zwischen den beiden Hälften des alten Kontinents könnten

sich dann soweit entwickeln, daß Ulbrichts Satellitengebilde noch als Überbleibsel einer vergessenen Epoche erschiene." (Strauß, S. 47). Eine solchermaßen isolierte DDR wird vom westdeutschen Imperialismus als leichte Beute betrachtet.

"VEREINIGTES EUROPA"

Die Imperialisten halten ein "Vereinigtes Europa" (zunächst der kapitalistischen Staaten Westeuropas) für die notwendige Grundlage ihrer aggressiven und expansionistischen Politik.

Die ganze Strategie der Imperialisten ist in diesen Worten zusammengefaßt: Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen." (Strauß, S. 150). Der deutsche Imperialismus "braucht dieses vereinigte Europa mehr als jedes andere Land." (Strauß, S. 13). Denn: "Jedes westeuropäische Land, das heute noch Politik auf eigene Faust zu machen versucht, führt sich damit selbst in die Isolierung und scheitert bei der Verfolgung seiner lebenswichtigen Interessen." (Strauß, S. 135). "Ein einzelner europäischer Staat kann heute nicht mehr wirklichen Einfluß auf das globale Geschehen nehmen. Nur ein bundesstaatlich organisiertes "Europa der Völker" wäre überhaupt in der Lage, die Interessen der europäischen Nationen gegenüber den Weltmächten kontinentaler Größenordnung wirkungsvoll zur Geltung zu bringen." (Strauß, S. 9). "Nur eine westeuropäische Aktionsgemeinschaft schafft die Ausgangsbasis für eine Politik, mit der die Demarkationslinie der Kriegskonferenz von Jalta beseitigt werden kann." (Strauß, S. 12).

Der westdeutsche Imperialismus will die Grenzen in Europa verändern, aber er weiß, daß er dazu unter den gegebenen Kräfteverhältnissen weniger denn je in der Lage ist. Und - so meinen die Imperialisten - "jeder Schritt in Richtung auf die Stärkung und Autonomie Europas wird eine Änderung des Status quo zur Folge haben, - selbstverständlich zugunsten des Westens." (Strauß, S. 102).

Ziel der Imperialisten ist daher, "ein Europa zu schaffen, das eine Rolle in der Welt spielen kann, das ständig mehr Einfluß auf die osteuropäischen Staaten ausübt, Vertrauen genießt und weltweite Bedeutung hat." (Strauß, S. 17). "Mit der europäischen Einheit wird die Veränderung der politischen Machtverhältnisse und die Festigkeit eines neuen militärischen Gleichgewichts erreicht." (Strauß, S. 65).

"Die wirtschaftlichen, finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten eines geeinten Europas würden unseren Kontinent in die Lage versetzen, seine wahre historische Aufgabe wieder zu übernehmen, die er nach dem ersten Weltkrieg zu verlieren begann und die nach dem zweiten für immer verloren schien." (Strauß, S. 72).

Wovon ist hier die Rede? Von den Kolonial-Reichen der europäischen Imperialisten, die nach dem letzten Krieg zusammengebrochen sind. Von der Vorherrschaft der europäischen Imperialisten, über die Geschicke der Völker der Welt zu bestimmen. Vom "Recht" der europäischen Imperialisten, bei der Aufteilung der Welt stärker berücksichtigt zu werden. Wenn aber die westdeutschen Imperialisten von den "wahren historischen Aufgaben Europas" reden, so meinen sie in erster Linie ihre eigenen

Interessen, die allerdings unter den gegebenen Kräfteverhältnissen ein starkes "Vereinigtes Europa" unter Führung des westdeutschen Imperialismus erfordern. Die westdeutschen Imperialisten brauchen diese Führung nicht einmal ausdrücklich zu fordern, weil sie ihnen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit geradezu in den Schoß fallen würde.

Das "Vereinigte Europa" der Imperialisten soll auch eigene Atomwaffen haben. Die Imperialisten erstreben eine "Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential unter Kontrolle und Verfügungsgewalt einer europäischen Regierung, d. h. der politisch verantwortlichen Instanz eines geeinten Europa." (Strauß, S. 106).

Die westdeutschen Imperialisten anerkennen, zunächst keine direkte Verfügungsgewalt über Atom-Waffen bekommen zu können. Sie bieten deshalb den europäischen Atom-Mächten (das sind Frankreich und Großbritannien) ihre "wissenschaftliche und finanzielle Unterstützung" bei der nuklearen Aufrüstung an, um sich auf diesem Weg an eine direkte Verfügungsgewalt anzuschließen. (Strauß, S. 113). Das Schlagwort der Imperialisten ist daher: "Nicht Atompatronage, sondern Atompartnerschaft." (Strauß, S. 123).

Diese imperialistische Strategie stützt sich wesentlich auf Gewalt als Hilfsmittel bei der Verfolgung ihrer Ziele. Sie ordnet auch die Wirtschafts- und Handelspolitik ihrer Strategie der Gewalt unter und will sie als Mittel zu erpresserischen Manövern gegenüber den sozialistischen Ländern in ihren Dienst stellen. Am deutlichsten drückt Guttenberg das aus: "Auch der Handel zwischen Ost und West ist ein Gefechtsfeld des Kalten Krieges." (Guttenberg, S. 114).

"Würden sich die Länder des NATO-Bereiches... auf eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie einigen, dann könnten sogar hier der Versuch erfolgreich sein, die partielle Abhängigkeit einzelner Wirtschaftsbereiche des kommunistischen Lagers von westlichen Lieferungen politisch auszunutzen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß der Handel mit kommunistischen Ländern nicht mehr wie bisher vorwiegend unter wirtschaftlichen Aspekten einzelner Firmen und Staaten, sondern endlich gemeinsam unter dem entscheidenden politischen Aspekt gesehen wird. Wenn Osthandel auch unter bestimmten Voraussetzungen und in begrenztem Ausmaß eine Waffe in der Hand des Westens darstellen kann, so dient er dennoch generell mehr dem Vorteil der Kommunisten als dem der eigenen Seite. Seit langen Jahren ist es deshalb zu beklagen, daß der Westen versäumt, den Handel mit den kommunistischen Ländern in zentrale politische Obhut zu nehmen." (Guttenberg, S. 115).

Die Imperialisten setzen auf die "innere Evolution in der kommunistischen Welt" (Strauß, S. 41) d. h. den Revisionismus, und auf durch ihn erzeugte "wirtschaftliche Mängel und Rückschläge" (Strauß, S. 41). Die Imperialisten wollen "Wege und Mittel suchen, die dazu beitragen, diese Situation in unseren politischen Vorteil umzumünzen" und wollen "nur solche Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung der osteuropäischen Regimes dienen." (Strauß, S. 42).

"Politische Annäherung an den Osten, sei sie nun wirtschaftlicher oder diplomatischer Natur, kann nur positive Ergebnisse zeitigen, wenn sie von einer festgefügt westeuropäischen Grundlage ausgeht." (Strauß, S. 44). Zu diesem Zweck erheben die Imperialisten die Forderung nach einer "zentralen politischen Instanz für den Osthandel aller imperialistischen Staaten" (Guttenberg, S. 113).

"NEUE OSTPOLITIK"

Von dieser Strategie der Gewalt und der offenen Erpressung, die am liebsten den sozialistischen Ländern das Messer an die Kehle setzen möchte, unterscheidet sich das gegenwärtige Vorgehen des westdeutschen Imperialismus zumindest in Einzelheiten. Ist da etwa eine andere "Fraktion" der Kapitalistenklasse am Werk, wie bisweilen behauptet wird? Es sei da noch mal an Lenin erinnert, der erklärt: "Wäre die Taktik der Bourgeoisie immer gleichförmig oder zumindest immer gleichartig, so würde die Arbeiterklasse rasch lernen, sie mit einer ebenso gleichförmigen oder gleichartigen Taktik zu beantworten. In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen... Die zweite Methode ist die Methode des 'Liberalismus', der Schritte in Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage." (Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung).

Was Lenin hier für die imperialistische Innenpolitik analysiert, gilt entsprechend auch für die Außenpolitik.

Was die beiden angesprochenen Bücher betrifft, besonders das von Strauß, so stehen sie bereits an der Wende des Imperialismus von der Methode des "Kalten Krieges" zur "Neuen Ostpolitik". Die von Strauß und Guttenberg vorgeschlagene imperialistische Strategie stellt eine Art Mischung von Kaltem Krieg und Neuer Ostpolitik dar. Die Nützlichkeit einer "Auflockerung" der sozialistischen Länder durch Entfaltung kultureller, wirtschaftlicher u. a. Kontakte wird anerkannt. Eine Unterstützung der revisionistischen Kräfte wird für ratsam gehalten. (Guttenberg ist in dieser Frage allerdings noch skeptisch). Die Methode der "Auflockerung" soll aber nach dem Willen von Strauß und Guttenberg verbunden werden mit der Methode der Gewalt, d. h. der Nichtanerkennung der Grenzen, der wirtschaftlichen Erpressung, der "Hallstein-Doktrin", eines "Vereinigten Europas" unter westdeutscher Hegemonie, der Drohung mit Atomwaffen, der offenen Unterstützung und Sympathie für alle reaktionären Regimes in Spanien, Portugal, Südafrika usw.

Von der Straußschen Konzeption unterscheidet sich die sozialdemokratische Variante nicht einmal wesentlich, bzw. gleicht ihr in vielen Punkten sogar aufs Haar. So hieß es u. a. im Memorandum Brandt's (damals noch Bürgermeister in Westberlin) zur Neuen Ostpolitik (25. Januar 1965): "Für die nächste Periode erscheint es wünschenswert und nicht aussichtslos, die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben... Es liegt im westlichen Interesse, die Eigenständigkeit der osteuropäischen Nationen zu unterstützen und es ihnen nicht schwer

zu machen, ihren Handlungsspielraum zu nutzen." "Über konkrete, bis auf weiteres zwangsläufig begrenzt bleibende Formen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit hinaus kommt es entscheidend darauf an, eine Perspektive gutnachbarlicher Beziehungen deutlich werden zu lassen. Gerade auf diese Weise können Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden." Der Gemeinsame Markt hat eine aufbauende Wirkung auf das ökonomische Denken in ganz Osteuropa gehabt." Brandt ist allerdings ein schlauerer Vertreter des Imperialismus als die Rechtsradikalen. Guttenberg erklärte offen, daß er den Handel mit den sozialistischen Ländern als "Gefechtsfeld des Kalten Krieges" betrachtet (Guttenberg, S. 114). Brandt drückt diesen Sachverhalt weit gerissener aus: "Handel mit den osteuropäischen Staaten ist kein Selbstzweck. Er muß im Gesamtrahmen der westlichen Politik gewertet und fortlaufend überprüft werden." Hauptangriffsziel bleibt die DDR: "Es darf angenommen werden, daß eine intensivere Kommunikation zwischen West- und Osteuropäischen Völkern an der Zone" (die DDR!) "nicht vorbeigehen kann und wird. Schon auf dem Wege dahin sollte überlegt werden, wie man z. B. die Jugend der Zone in allgemeine Jugendveranstaltungen hineinziehen kann." Für die Imperialisten sind eben auch die von ihnen scheinheilig geforderten "zwischenmenschlichen Beziehungen" nur Mittel zum Zweck - Liquidierung der sozialistischen Staaten. Auch der Atombewaffnung steht die SPD-Führung grundsätzlich zustimmend gegenüber: "Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern sie können eine Atommacht werden." (Brandt laut SPD-Pressedienst am 31. Januar 1969) Auch die SPD-Führung hält es für ihr Ziel, "dem amerikanischen Verbündeten bedeutende Lasten abzunehmen", und das heißt, ihn bei seinen weltweiten Raubzügen und konterrevolutionären Aktivitäten zu unterstützen. (Brandt am 24. Februar 1969)

Die Konzeption der Rechtsradikalen um Strauß unterscheidet sich von der sozialdemokratischen Variante darin, daß sie das Element der Gewalt und Erpressung stärker zur Geltung gebracht sehen will. Diese Konzeption beruht indessen auf einem engen Bündnis mit Frankreich. Diesem Bündnis sind zweierlei Funktionen zugeordnet: 1. will der westliche Imperialismus auf dem Weg über die französische Force de Frappe an Verfügungsgewalt über Atomwaffen gelangen, und 2. soll Frankreich Vorreiter der neuen Ostpolitik sein. Frankreich müsse seine "besseren Beziehungen zu den kommunistischen Ländern ausnützen... um die sowjetische Klammer um die Satellitenstaaten zu lockern und diese an den Westen heranzuziehen." (Strauß, S. 124) "Die Diplomatie Frankreichs und Großbritanniens hat in den osteuropäischen Ländern mehr politische Möglichkeiten und einen höheren moralischen Kredit als diejenige Deutschlands" (Strauß, S. 54) Frankreich müsse als "europäischer Sprecher gegenüber der Sowjetunion" auftreten (Strauß, S. 39), denn "Erst mit einer geschlossenen politischen Konzeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet, können wir Europäer in die Lage, auf eine Auflockerung gegenüber dem Osten hinzuarbeiten." (Strauß, S. 8)

Frankreich sollte nach dem Willen von Strauß für den westdeutschen Imperialismus die Rolle übernehmen, die gegenwärtig die SPD/FDP-Regierung spielt. Strauß war der Meinung, daß sich der westdeutsche Imperialismus in der Ostpolitik bewußt zurückhalten und Frankreich den Vortritt lassen sollte. Diese Strategie zerschlug sich aber mit dem Auseinanderbrechen der "Achse Bonn-Paris", die zur Zeit Adenauers und de Gaulles geschieden worden war. Diese Achse mußte zwangsläufig früher oder später auseinanderbrechen - ungeachtet etwa der von Strauß beklagten "politischen Ungeschicklichkeit" von Adenauers Nachfolger, Ludwig Erhard - wegen der Widersprüche zwischen den Interessen des französischen und des westdeutschen Imperialismus. Strauß schrieb sein Buch 1966, an einer politischen Wende, als die deutsch-französischen Beziehungen bereits erheblich "abgekühlt" waren und sich die Hinwendung des westdeutschen Imperialismus zur "Neuen Ostpolitik" bereits abzeichnete. Immer wieder mahnt Strauß daher zur Eile: "Die Zeit arbeitet gegen uns..." (Strauß, S. 10). "Die Europäer haben keine Zeit mehr zu verlieren, wenn sie... die politischen Geschicke der Menschheit weiter mitgestalten wollen." (Strauß, S. 12). "...die Zeit drängt, wir können nicht warten." (Strauß, S. 17) "Europa unter Zeitdruck..." (Strauß, S. 35). "Es ist höchste Zeit für Europa, die Kräfte in der Welt zu verändern." (Strauß, S. 56) und "wir dürfen keine Zeit mehr verlieren." (Strauß, S. 90).

Indessen war es 1966 für die Straußsche Konzeption schon zu spät! US-Präsident Johnson hatte bereits am 7. Januar 1965 die Gründung einer Kommission von Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft, der Gewerkschaften (1) und

Der "Osthandel" - politische Waffe des BRD-Imperialismus

Den westdeutschen Imperialisten geht es um eine Neuaufteilung der Welt. Sie wollen eine westeuropäische Einigung erzwingen, um ihre Expansion nach Osten zu verwirklichen, um das sozialistische Lager zu zerschlagen und sich die DDR und weite Teile Osteuropas einzuverleiben. Das sind nicht die "Träume einiger unverbesserlicher Revanchisten", sondern die Strategie, die der objektiven Lage des westdeutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg entspricht. Im Rahmen dieser Strategie gegen das sozialistische Lager spielt der Handel mit dem RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, gebildet von den Staaten: Sowjetunion, DDR, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Mongolische Volksrepublik) eine wichtige Rolle. Wie die westdeutschen Imperialisten jedoch in ihrer Taktik von der Politik des "Kalten Krieges" zur "Neuen Ostpolitik" übergingen, so gewann auch der Osthandel als wesentliches Element dieser Politik eine andere Funktion und Bedeutung.

der Regierung zur Ausarbeitung von Empfehlungen bekannt gegeben, durch die der Handel des US-Imperialismus mit den sozialistischen Staaten ausgedehnt werden sollte. Im Mai 1964 hatten US-rumänische Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden, wobei Rumänien eine Reihe von Vorzugsbedingungen eingeräumt worden waren. Am 13. Oktober erklärte der US-Botschafter in der BRD, George McGhee, der US-Imperialismus sei "bestrebt, die im kommunistischen Machtbereich einsetzende Entwicklung in Richtung auf die nationale Unabhängigkeit, eine friedliche Zusammenarbeit und eine offene Gesellschaft zu fördern." McGhee sagte, dies sei ein Gebiet, auf dem der westdeutsche Imperialismus "im Interesse des gesamten Westens eine wichtige Rolle übernehmen" sollte. Im selben Jahr 1964 hatte die BRD mit Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien den Austausch von Handelsmissionen vereinbart.

Am 2. Februar 1965 konnte Berthold Beitz, Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns, bekanntgeben, daß zwischen dem Krupp-Konzern und der Regierung der VR Polen grundsätzliche Einigung über industrielle Zusammenarbeit und Bau einer industriellen Anlage in der VR Polen getroffen worden sei. Beitz machte diese Erklärung bezeichnenderweise in Washington, wo er sich der Unterstützung des US-Imperialismus versichert hatte.

Am 18. März 1965 erklärte die Bundesregierung, in Zukunft "Ostkredite" bis zu einer maximalen Laufzeit von 8 Jahren (bis dahin 5!) durch Bundesgarantien abzusichern, "jedoch nur dann, wenn es sich bei den deutschen Lieferungen um international umkämpfte Projekte handelt und die ausländische Konkurrenz staatlich unterstützt wird."

DIE POLITIK DES 'KALTEN KRIEGES'

Im zweiten Weltkrieg hatte der deutsche Imperialismus versucht, sich weite Teile Osteuropas mit Gewalt einzuverleiben und dabei ungeheures Leid und Unglück über die Völker Europas gebracht. Zuletzt hatte die Sowjetunion den faschistischen Überfall nur unter Aufbietung aller Kräfte und unter schwersten Opfern zurückgeschlagen und dem deutschen Imperialismus eine vernichtende Niederlage zufügen können.

Daraufhin wurde der Imperialismus in Westdeutschland von den USA als "Speerspitze gegen Osten" wieder hochgepöppelt. Über eine scharfe antikommunistische Politik nach innen, gekoppelt mit der Unterdrückung aller fort-

schriftlichen Kräfte, und der aggressiven Politik des "Kalten Krieges" nach außen, gelang es den Imperialisten in der BRD, ihre Macht wiederaufzubauen, ohne ihre expansionistischen Ziele aufgeben zu müssen.

Die Politik des "Kalten Krieges" - in Westdeutschland vor allem durch die Adenauer-Regierung repräsentiert - war die Taktik der offenen Drohung mit einem neuen Krieg, der politischen und wirtschaftlichen Erpressungen aller Art, der Boykotts und Embargos (Wiederaufrüstung, Plan der Atombewaffnung, Nichtanerkennung der DDR, Hallstein doktrin etc.) gegen die Länder Osteuropas. Die Kapitalisten weigerten sich, die dringend benötigten Ausrüstungen und Rohstoffe in die Länder zu liefern, die den Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen hatten. Von Seiten der Adenauer-Regierung wurde immer wieder versucht, den Osthandel als politisches Druckmittel einzusetzen. Eine ganze Reihe von Waren war den Embargolisten des COCOM unterworfen (Verbot des Exports "strategischer Güter" in die sozialistischen Länder); bis 1958 gewährten die BRD-Kapitalisten für ihre Ostexporte überhaupt keine Kredite, danach nur kurzfristige (bis zu 5 Jahren Laufzeit nach den Regeln der "Berliner Union").

Die aggressive Außenpolitik zielte in erster Linie auf die Liquidierung der DDR, sodaß vor allem der sog. "Interzonenhandel" zu zahlreichen Erpressungen und Repressionen benutzt wurde. So waren die Importe aus der DDR einer Vielzahl von Sonderbestimmungen, Reglementierungen, Genehmigungsverfahren, Kontingentierungen und Wertbegrenzungen ausgesetzt. Am 30. 9. 1960 kündigte die westdeutsche Regierung das "Berliner Abkommen" von 1951, auf dessen Grundlage sich der Warenaustausch mit der DDR abwickelte. Die BRD-Kapitalisten erhofften sich davon eine empfindliche Störung der DDR-Wirtschaftsplanung, da der "Ausfall der westdeutschen Lieferungen nicht kurzfristig durch Lieferungen aus anderen Ländern zu ersetzen sei". (1) Ihren "Alleinvertretungsanspruch" versuchten die westdeutschen Imperialisten geltend zu machen, indem sie von anderen Staaten verlangten, ihren Handel mit der DDR zu beschränken, damit sie selbst der DDR ihre Bedingungen (ungünstige Preise und Kredite) diktieren können und ihre Erpressungsmaßnahmen möglichst wirksam werden. Ferner konnten auf Druck der BRD Handelsvertretungen der DDR im westlichen Ausland vielfach nicht eingerichtet werden, oder nicht den Status erhalten, den eine normale Handelstätigkeit im Ausland einnimmt. Auch heute noch wird versucht, eine solche Politik (z. B. über die EWG) durchzusetzen.

Die letzte größere Maßnahme der imperialistischen Taktik des "Kalten Krieges" war das Röhrenembargo gegen die Sowjetunion Ende 1962. Auf eine Empfehlung des NATO-Rates hin, die unter Druck der US-Imperialisten zustande gekommen war, wurde eine bereits zugesagte Lieferung von Großrohren an die SU zurückgezogen. Dieser großangelegte Erpressungsversuch der US- und westdeutschen Imperialisten war zum Scheitern verurteilt. Die SU konnte das Embargo aufgrund erfolgreicher Verhandlungen mit anderen kapitalistischen Ländern (z. B. Japan) umgehen. In der BRD war hauptsächlich die Stahlindustrie direkt davon betroffen (Thyssen verzeichnete einen Verlust von 120 Mio. DM (2)). Daraufhin sank 1963 der westdeutsche Export in die RGW-Länder um ca. 8%, besonders der Export in die SU sank bis 1966 um fast 35% (s. Tab.).

Mit dieser Taktik hatten die Imperialisten versucht, die besonders schwierige Ausgangsposition der Länder Osteuropas nach dem Krieg auszunutzen und durch äußeren Druck alles dazuzutun, um den Aufbau des Sozialismus zu vereiteln. Um sich diese Länder dann endgültig einzuverleiben, hatten die Imperialisten entsprechende Kriegsvorbereitungen getroffen.

Der erhoffte Zusammenbruch blieb jedoch aus. Die RGW-Länder schlossen sich enger zusammen, verstärkten ihre wirtschaftliche Integration und trafen Gegenmaßnahmen. So wurde der westdeutschen Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR durch den Mauerbau 1961 in Berlin ein Riegel vorgeschoben. Viele RGW-Länder drosselten ihr Handelsvolumen mit der BRD (s. Tab.). Diese Politik sowie die Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau im RGW führten zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Imperialismus.

DIE ERHARD - SCHRÖDER-REGIERUNG

Zu dieser Zeit verschärfen sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten - das zeigt sich deutlich am Auseinanderbrechen der Achse Bonn-Paris - und das Ringen um Absatzgebiete und Einflußsphären trat wieder in den Vordergrund der Politik der europäischen Imperialisten.

Die imperialistischen Staaten leiteten daher eine Politik der Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem RGW ein, um sich eine günstigere Ausgangsposition bei der Erschließung der osteuropäischen Märkte zu sichern.

In einem regelrechten "Kreditwettlauf" lockten die Kapitalisten mit Gewährung günstiger Finanzierungsbedingungen für die exportierten Waren, um intensivere Beziehungen zu knüpfen und um die besten Geschäfte für sich an Land zu ziehen. Denn die RGW-Länder waren aufgrund negativer Handelsbilanzen und Devisenmangels an langfristigen Krediten interessiert. Als erste hatten bereits 1958 die englischen, französischen, italienischen u. a. Imperialisten den RGW-Ländern staatlich garantierte Kredite mit einer Laufzeit bis zu 5 Jahren "gewährt", um ihren Handel damit anzukurbeln. Die westdeutsche Regierung übernahm solche Bürgschaften ab 1963. Als Anfang 1964 die englische Regierung einen Kredit von 15-jähriger Laufzeit englischer Banken an die sowjetische Außenhandelsbank garantierte (3), wurde auch von den westdeutschen Kapitalisten die Forderung nach längeren Kreditlaufzeiten erhoben (von Amerongen, BDI, 1964: "Verweigerung von langfristigen Warenkrediten gegenüber der Sowjetunion schadet deutschem Osthandel." (4)

(1) "Rheinischer Merkur" 9. 12. 1960

(2) "Zeit" 9. 5. 1969, "Spiegel" 17. 10. 1966

(3) "Europäische Sicherheit und internationale Wirtschaftsbeziehungen", Marxist. Blätter 1970, S. 110, 111, 130

(4) "Handelsblatt" 2. 7. 1964

Daraufhin erklärte sich die CDU-Regierung bereit, Bürgschaften für Lieferkredite über 5-jährige Laufzeit hinaus zu übernehmen, falls internationaler Konkurrenzdruck voranden sei. (1)

Unter Außenminister Schröder betrieb die Bundesregierung eine Politik der Intensivierung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern des RGW ausgenommen der SU und der DDR, um diese von der SU zu isolieren und wirtschaftliche Abhängigkeiten dieser Länder von Westeuropa zu schaffen. Davon zeugen die Handelsabkommen, die 1964 mit Polen, der CSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien für 5 Jahre abgeschlossen wurden. Darauf hatten die RGW-Länder immer gedrungen, um sie besser gegen wirtschaftliche Repressionen abzusichern. Die Handelsabkommen leiteten eine sprunghafte Ausweitung des Handelsvolumens mit diesen Ländern ein, besonders stark stieg der westdeutsche Export, sodaß ein großer Überschuß in der Bilanz mit diesen Ländern entstand.

DIE "NEUE OSTPOLITIK"

Der endgültige Umschwung zur Offensive der "Neuen Ostpolitik" erfolgte dann in der Krise 1966, mit der Bildung der Großen Koalition. Die SPD übernahm dabei das Außen- und Wirtschaftsministerium. Mit dieser neuen Taktik wollen die Imperialisten unter dem Mäntelchen der "Völkerverständigung" und des "Gewaltverzichts" die Expansion des westdeutschen Kapitals und die politische Zersetzung der RGW-Länder vorantreiben.

Die Krise markierte den Endpunkt der Phase des Wiederaufbaus und der relativ günstigen Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals. Das Einsetzen einer umfassenden Exportoffensive - im Rahmen einer allgemeinen (außenpolitischen) Offensive - in der Krise zeigt eine höhere Stufe des westdeutschen Imperialismus an. Der

deutlichste Beweis dafür ist das sprunghafte Ansteigen des Kapitalexports aus der BRD in diesen Jahren: von 7,96 Mrd DM 1966 über 16,86 Mrd. DM 1967 auf 18,36 Mrd. DM 1968! (2)

In der Folgezeit trafen die Imperialisten und ihre Regierung Maßnahmen, um ihren Handel mit dem RGW zu erleichtern und die wirtschaftlichen Beziehungen allseitig auszudehnen. Sie vermieden offene Erpressungsmanöver gegenüber den sozialistischen Staaten und hielten den Handel im wesentlichen "störfrei". Die westdeutschen Kapitalisten zeigten sich sogar zu "Zugeständnissen" bereit: Die Einfuhren aus dem RGW wurden schrittweise "liberalisiert" (1967: in der BRD zu 66 %, in Italien zu 70 %, in Frankreich zu 90 %). (3)

1970 wurden die unter Schröder abgeschlossenen Handelsabkommen mit fünf RGW-Ländern erneuert. "Kooperationen" oder "wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit" (s.u.) wurden vereinbart und man war bemüht, die persönlichen Kontakte zwischen den "Spitzenmanagern der Wirtschaft und Politik" sorgfältig zu pflegen und zu erweitern (gegenseitige Besuche von Wirtschaftsdelegationen, Ministergespräche auf Messen etc.).

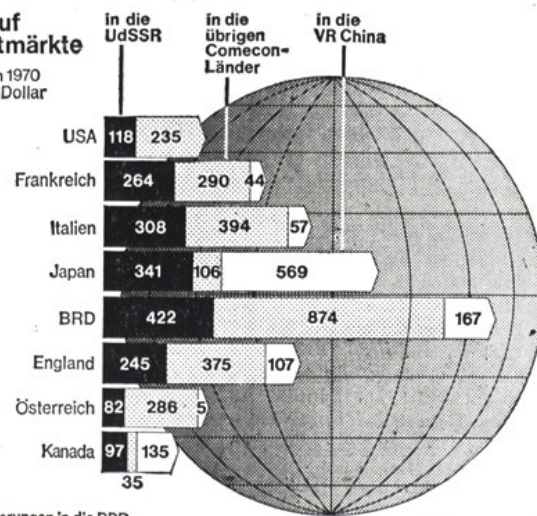
Mit den Verträgen von Moskau und Warschau wurde eine "günstige Atmosphäre" für die Ausweitung dieser Beziehungen geschaffen.

Mit dieser Offensive der "Neuen Ostpolitik" gelang es den westdeutschen Kapitalisten tatsächlich, ihre führende Position im Handel mit den Ländern des RGW auszubauen. Das Handelsvolumen (Einfuhr + Ausfuhr) der

- (1) "Neue Züricher Zeitung" 14.1.1967; "Spiegel" 16.5.1966; Kreditlaufzeit in einzelnen Fällen 8 - 11 Jahre
- (2) Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Februar 1969
- (3) "Industriekurier" 11.1.1968

Wettlauf um Ostmärkte

Ausfuhren 1970
Millionen Dollar



größten kapitalistischen Länder mit den sozialistischen Staaten belief sich 1968 auf:

BRD	11 Mrd. DM	davon 10 Mrd. mit RGW, 7,2 Mrd. ohne DDR
GB	6 " "	
Italien	4,4 " "	
FR	3,2 " "	
Japan	3,2 " "	

1969:

BRD	3 Mrd. Dollar
GB	1,4 Mrd. Dollar
Italien	1,4 " "
FR	1 " "
Japan	0,9 " "
USA	0,4 " "

(Exporte für 1970 siehe Schaubild) (1)

(Selbst nach Abzug des Handels mit der DDR hatte die BRD 1969 einen Vorsprung von über 2 Mrd DM, das entspricht ca. 30 % vor den nächstgrößten Handelspartnern des RGW)

Die enormen Steigerungen der westdeutschen Exporte (s.u.) bewirkte ein Anwachsen des Überschusses im Handel mit den RGW-Ländern. Eine Ausnahme bildete lange Zeit die Sowjetunion, die erst seit 1969 ein Handelsdefizit gegenüber der BRD besitzt. Dementsprechend sind die RGW-Länder auch Schuldner der westdeutschen Imperialisten. Schon 1967 hatte Rumänien insgesamt 2,2 Mrd. DM, Bulgarien 1 Mrd DM, Polen 1969 350 Mill und die DDR 1970 1,3 Mrd DM westdeutsche Kredite. (2)

Diese (ersten) Resultate der "Neuen Ostpolitik" sind den Imperialisten gerade recht! Sie schaffen wirtschaftliche Abhängigkeiten, die den westdeutschen Kapitalisten langfristig einen gefährlichen Einfluß auf die Entwicklung in den sozialistischen Ländern ermöglichen können.

"FRIEDLICHER WETTBEWERB" UND "WARENAUSTAUSCH ZU GEGENSEITIGEM VORTEIL"

Wenngleich die Imperialisten in der "Neuen Ostpolitik" versuchen, sich ein friedliches Mäntelchen umzuhängen, heißt das nicht, daß sie plötzlich Schritte unternommen hätten, die am aggressiven Charakter des Imperialismus irgendetwas ändern würden. Es kann keine Rede davon sein, daß die alten Eroberungspläne und die gewaltsame Bedrohung der sozialistischen Staaten einer "realistischen" Politik gewichen seien, die sich auf "normale Beziehungen" und "Friedlichen ökonomischen Wettbewerb" beschränkt, wie es die Revisionisten gerne sehen möchten. Ebenso ist diese der zwei Fraktionen innerhalb der Kapitalistenklasse, den "Kalten Krieger" auf der einen Seite, "die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben", und den "vernünftigen, realistischen Kräften" auf der anderen, ein al-

tes, revisionistisches Märchen.

Das gesetzmäßige Wesen des westdeutschen Imperialismus bleibt nach wie vor der Versuch, die DDR sich wieder einzuverleiben, die Bedrohung der Souveränität der Länder Osteuropas, die Aggression gegen die Sowjetunion und die vollständige Zerschlagung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse in diesen Ländern. Allerdings haben die Imperialisten die taktischen Mittel zur Erreichung dieser Ziele "realistisch" der heutigen Situation angepaßt! "Das Großkapital in der BRD ... suchte nach einer veränderten, dem neuen Kräfteverhältnis angepaßten Taktik, um die alten Ziele doch noch verwirklichen zu können." und "... um leichtgläubigen Menschen einen Wandel des Kapitalismus und seiner Politik vorzutauschen - tritt uns der Imperialismus heute in einem anderen Gewand als früher gegenüber." (Erich Honecker) (3)

An die Stelle der offenen Konfrontation, der Gewaltandrohungen und Erpressungen haben die Imperialisten die Politik der Subversion, der indirekten, aber langfristig tiefgreifenderen und gefährlicheren Einflußnahme gesetzt. Keinesfalls darf die jetzige Taktik der "Neuen Ostpolitik" absolut gesehen werden. Die verschiedenen Taktiken der Imperialisten stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich. Schließlich haben die westdeutschen Kapitalisten die DDR bis heute noch nicht anerkannt. Und schon jetzt zeigt sich mit der Verschärfung der faschistischen Gefahr in Westdeutschland deutlich, daß die Kapitalisten Vorbereitungen treffen, zu anderen, gewaltsamen Methoden der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten überzugehen, sobald sie stark genug dazu sind.

FÖRDERUNG DER REVISIONISTISCHEN ENTWICKLUNG IM RGW

Die westdeutschen Imperialisten betrachten den Osthandel als "eine der großen Zukunftsinvestitionen des deutschen Welthandels" (von Amerongen). Dabei bauen sie vor allem auf "den Wandel im Ostblock selbst", zu dem sie "phantasievoll" das ihrige beitragen möchten. "So gesehen erscheint also jener dynamische Zukunftsmarkt, den der Eintritt der östlichen Volkswirtschaften in den Massenkonsummarkt verheißt, der deutschen - im weiteren Sinne der westlichen - Wirtschaft keineswegs als eine unerreichbare Fata Morgana. Die Schlüssel zu ihm bietet der Wandel im Ostblock selbst, wenn auch noch nicht heute und vielleicht auch nicht morgen." ... Doch: "Ein Land wie die BRD mit ihren weltweiten Han-

Fortsetzung S.12

- (1) "Neue Züricher Zeitung" 24.6.1969 und "Deutsch-Niederländische Handelskammer" (Den Haag)
- (2) "Spiegel" 29.5.1967 und 27.3.1971; "Industriekurier" 3.8.1969; "Handelsblatt" Dez. 1969
- (3) E. Honecker: Rede auf der 14. Tagung des ZK der SED

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Bulgarien														
Einfuhr	32,976	36,958	56,796	64,509	82,557	94,908	106,865	116,681	121,035	155,253	171,019	177,639	212,000	206,000
Ausfuhr	28,321	60,552	57,717	171,012	122,544	72,227	97,688	93,949	155,785	221,067	432,980	339,738	303,300	241,300
Saldo	-4,655	+23,594	+0,981	+106,503	+39,987	-22,681	-9,177	-22,732	-34,755	+55,814	+261,961	+162,099	+91,300	+41,300
Gesamt	61,297	97,510	114,453	235,521	205,101	167,135	204,553	210,630	276,820	386,320	603,999	517,377	515,300	453,300
CSSR														
Einfuhr	193,926	205,203	207,377	236,121	258,884	248,712	262,776	260,124	287,926	336,377	348,615	361,152	460,800	689,900
Ausfuhr	159,942	230,844	257,164	251,621	273,768	306,518	299,190	234,300	331,917	402,460	503,067	525,386	707,400	822,400
Saldo	-33,984	+25,641	+49,787	+15,500	+14,884	+57,806	+36,414	-25,824	+43,991	+66,083	+156,452	+164,234	+246,600	+132,500
Gesamt	353,868	436,047	464,541	487,742	532,652	555,230	561,966	494,424	619,843	738,837	849,682	886,538	1168,200	1512,300
DDR														
Einfuhr	653,497	817,310	858,154	891,687	1122,450	940,916	914,446	1022,301	1027,365	1260,391	1345,365	1263,919	1459,503	1565,332
Ausfuhr	699,176	845,939	800,360	1078,564	959,507	872,859	852,712	859,578	1150,979	1206,102	1625,285	1482,993	1422,158	2271,813
Saldo	+45,679	+28,629	-57,794	+186,877	+162,943	-68,057	-61,734	-162,723	+123,614	-54,289	+279,920	+219,074	-17,345	+706,481
Gesamt	1352,673	1663,249	1658,514	1970,251	2081,957	1813,775	1767,138	1881,879	2178,344	2466,483	2970,650	2746,912	2881,661	3837,145
Polen														
Einfuhr	240,643	198,336	298,153	340,520	320,223	338,955	327,041	321,148	362,733	435,405	481,641	439,574	478,300	531,300
Ausfuhr	298,690	275,067	331,147	294,279	304,283	282,822	263,252	260,653	313,901	366,246	375,485	491,829	592,600	611,600
Saldo	+58,047	+76,731	+32,994	-46,241	-15,940	-56,133	-63,789	-60,495	-48,832	-69,159	-106,156	+52,255	+114,300	+80,300
Gesamt	539,333	473,403	629,300	634,799	624,506	621,777	590,293	581,801	676,634	801,651	857,126	931,403	1070,900	1142,900
Rumänien														
Einfuhr	59,511	95,705	122,607	104,713	176,218	211,107	246,947	224,480	245,214	289,516	297,869	350,868	416,500	463,500
Ausfuhr	50,429	71,308	93,904	69,043	149,801	232,422	327,754	292,292	330,795	462,389	558,119	961,026	740,500	729,500
Saldo	-9,082	-27,397	-28,703	-35,670	-26,417	+21,315	+80,827	+67,812	+85,581	+172,873	+260,250	+610,158	+324,000	+266,000
Gesamt	109,940	170,013	216,511	173,756	326,019	443,529	574,701	516,772	576,009	751,905	855,988	1311,894	1157,000	1193,000
Sowjetunion														
Einfuhr	223,489	409,073	386,426	442,634	672,503	795,731	861,429	834,703	937,105	1100,631	1152,961	1099,780	1175,000	1304,000
Ausfuhr	288,918	250,118	303,181	382,506	778,117	822,780	826,390	614,058	774,305	586,214	541,281	792,106	1093,700	1583,700
Saldo	+65,429	-158,955	-83,245	-60,128	+105,614	+27,049	-35,039	-220,645	-162,800	-514,417	-611,080	-307,674	-81,300	+279,700
Gesamt	512,407	659,191	689,607	825,140	1450,610	1618,511	1687,819	1448,761	1711,410	1686,845	1694,242	1891,886	2268,700	2887,700
Ungarn														
Einfuhr	143,365	105,606	128,299	177,968	186,709	188,974	194,818	230,954	247,309	287,506	321,157	275,922	310,800	402,800
Ausfuhr	98,407	103,243	121,115	151,050	221,853	204,163	197,975	252,145	296,239	307,761	371,279	420,510	338,700	354,000
Saldo	-44,958	-2,363	-7,184	-26,918	+35,144	+15,189	+3,157	+21,191	+48,930	+80,255	+50,122	+144,588	+27,900	+48,800
Gesamt	241,772	208,849	249,414	329,018	408,562	393,137	392,793	483,099	543,548	595,267	692,436	696,432	649,500	756,800

in Mill. DM

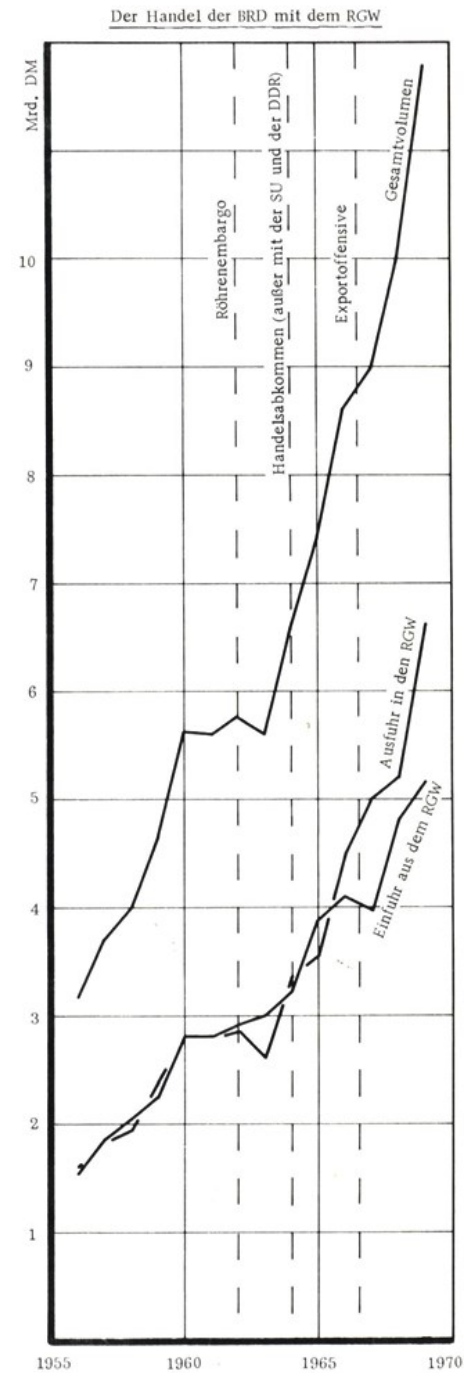
Quelle: "Industriekurier" u. a. 6. 5. 69
 "Nachrichten für Außenhandel"
 DDR: Statistisches Bundesamt

Der Anteil des Osthandels am gesamten Außenhandel der BRD

		insges.	RGW	%
1960	Einfuhr	42,723	2,819	6,6
	Ausfuhr	47,946	2,810	5,9
	Saldo	+5,223	-0,009	
	Gesamt	90,669	5,629	6,2
1962	Einfuhr	49,498	2,914	5,9
	Ausfuhr	52,975	2,863	5,4
	Saldo	+3,477	-0,051	
	Gesamt	102,473	5,777	5,6
1964	Einfuhr	58,839	3,229	5,5
	Ausfuhr	64,920	3,354	5,2
	Saldo	+6,081	+0,125	
	Gesamt	123,759	6,583	5,3
1965	Einfuhr	70,448	3,875	5,5
	Ausfuhr	71,651	3,552	5,0
	Saldo	+1,203	-0,323	
	Gesamt	142,099	7,427	5,2
1966	Einfuhr	72,670	4,114	5,7
	Ausfuhr	80,628	4,507	5,6
	Saldo	+7,958	+0,393	
	Gesamt	153,298	8,621	5,6
1967	Einfuhr	70,183	3,969	5,7
	Ausfuhr	87,045	5,014	5,8
	Saldo	+16,862	+1,045	
	Gesamt	157,228	8,983	5,7
1968	Einfuhr	81,179	4,813	5,9
	Ausfuhr	99,551	5,198	5,2
	Saldo	+18,372	+0,385	
	Gesamt	180,730	10,011	5,6
1969	Einfuhr	97,000	5,163	5,3
	Ausfuhr	113,559	6,620	5,8
	Saldo	+16,559	+1,457	
	Gesamt	210,559	11,783	5,6

in Mrd. DM

Quelle: "Nachrichten für Außenhandel" 16. 2. 70



delsinteressen muß bemüht sein, vom ersten Anfang an voll an dieser Entwicklung teilzuhaben." (1)

Im Klartext: Die Imperialisten erstreben die vollständige Wiederherstellung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse in den RGW-Ländern. Sie setzen dabei auf die revisionistische Entartung dieser Länder. Mit der "neuen Ostpolitik" soll über eine "Annäherung", "allseitige Zusammenarbeit" und intensive wirtschaftliche Verflechtung die Entwicklung in Richtung auf den Kapitalismus mit allen erdenklichen Mitteln gefördert werden. Dazu dient ihnen auch der Warenaustausch mit dem RGW - "Handel schafft Wandel"! Hatten sich die Kapitalisten nach dem Krieg geweigert, mit Lieferungen "den Kom-

munisten zu helfen", so reden sie heute von "organischen und langfristigen Verbindungen", die hergestellt werden sollen, und der von den Revisionisten selbst (!) geäußerte Wunsch einer stärkeren "Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt" kommt ihnen gar nicht ungelegen. So können die Imperialisten mit dieser Politik an die Erklärung L. Breshnews auf der "Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien" 1969 anknüpfen: "Wirtschafts-, Handels-, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindungen". (2) Als Hebel für die Aufweichung des RGW benutzen die kapitalistischen Länder ihren technologischen Vorsprung; dabei kommen sich die Kapitalisten keineswegs als "nützliche Idioten zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus" vor.

PRIMAT DER POLITIK

Die Revisionisten meinen, am Osthandel seien "diejenigen Teile innerhalb der Bourgeoisie" interessiert, "die die friedliche Koexistenz 'in Kauf nehmen', um sich günstige Profitmöglichkeiten zu sichern." (3) Ein paar "friedliebende" Kapitalisten also, die auf imperialistische Politik "verzichten", wenn sie nur ihre Geschäfte ins Trockene bringen können!

Die kleinbürgerlichen Träumereien und Illusionen über den Charakter des Imperialismus sind seit eh und je fester Bestandteil des Revisionismus. Aber nicht nur von Strauß, Guttenberg und Brandt (siehe oben), sondern gerade von den Exponenten der angeblich "friedliebenden" Osthändler, von Amerongen und Schmitt (Ostauschuß der deutschen Wirtschaft) wurde stets und eindeutig erklärt: "Osthandel dient politischen Zielen". (4) Ob diese politischen Ziele wohl "friedliche Koexistenz" heißen?

Der Anteil des Osthandels am gesamten Außenhandel der BRD beträgt lediglich 5 - 6% (davon 1% mit der DDR). 1968 war der westdeutsche Handel mit der Sowjetunion geringer als der mit Norwegen und der gesamte Osthan-

del geringer als der Warenaustausch mit der Schweiz. Für die nächste Zukunft ist mit einer bedeutenden Steigerung auch nicht zu rechnen. Von einem "Ozean von Absatzmöglichkeiten" (Kossygin zu Kroll, 1967) für die westdeutschen Kapitalisten kann also überhaupt keine Rede sein.

Der Osthandel ist eben für die westdeutschen Imperialisten vor allem eine politische Waffe. Für den Imperialismus ist nicht die freie Konkurrenz auf dem Markt, der freie Handel das Entscheidende, sondern die Monopolisierung, die Beherrschung von Märkten, durch Absprachen, geschäftliche Verbindungen ("Zusammenarbeit"), durch vielseitige wirtschaftliche Einflüsse - besonders Kapitalexport - bis hin zur politischen Unterdrückung eines Landes. In diesem Sinne ist der Osthandel nur ein Bestandteil der politischen und wirtschaftlichen Expansion des westdeutschen Kapitals nach Osteuropa, nur ein - gezielt eingesetztes - Instrument der alten imperialistischen Eroberungsstrategie gegen das sozialistische Lager. Gewisse Leute geben sich alle Mühe, diese Tatsachen herunterzuspielen oder zu vertuschen. Damit erweisen sie den Imperialisten zweifellos einen guten Dienst.

I. DER HANDEL DER BRD MIT DEN LÄNDERN DES RGW

Ab 1960 beginnt der Osthandel zu stagnieren. In diese Zeit fielen die Berlin-Krise (1960/61) und das Röhrenembargo gegen die Sowjetunion (Dezember 1962). Die westdeutschen Exporte in den RGW sanken daher 1963 um etwa 10%. Die im folgenden Jahr mit fünf Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen bewirkten jedoch ein sprunghaftes Ansteigen des Osthandels. So stieg das Ge-

samtvolumen allein 1964 um 17%, die westdeutschen Exporte sogar um ca. 30%! Innerhalb von fünf Jahren - bis 1969 - wurde das Volumen verdoppelt. Mit der allgemeinen Exportoffensive des westdeutschen Kapitals in der Krise 66/67 entstand ein wachsender Überschub der westdeutschen Exporte über die Importe aus dem RGW. Bis dahin war die Bilanz in etwa ausgeglichen gewesen.

In der ersten Hälfte der 60iger Jahre stieg der Osthandel langsamer als der gesamte Außenhandel der BRD - er fiel dem Anteil nach von 6,2% (1960) auf 5,2% (1965)

zurück. In den folgenden Jahren pendelte er sich auf ungefähr 5,0% des westdeutschen (Gesamt-) Handels ein.

II. DER HANDEL ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND DER BRD

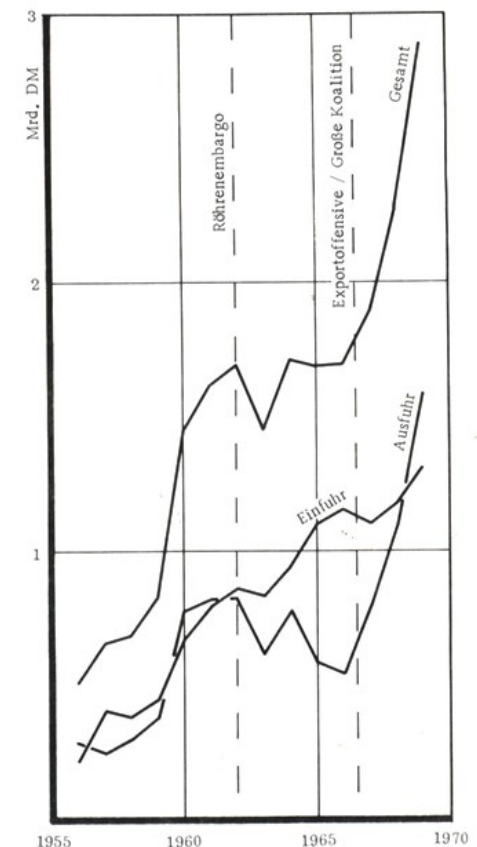
Das Röhrenembargo traf den westdeutschen Handel mit der SU besonders stark. Die westdeutschen Exporte in die SU sanken 1963 auf 80%, 1965 auf 70% und 1966 auf 65% der Lieferungen von 1962. (Im gleichen Zeitraum stieg der gesamte Export aus der BRD um 50%). Das letzte Handelsabkommen mit der SU war am 31.12.1963 abgelaufen, eine Erneuerung scheiterte an der Forderung der westdeutschen Imperialisten, West-Berlin als Teil der BRD anzuerkennen. Trotz verschiedener Versuche beider Seiten gibt es bis heute keinen solchen Vertrag.

Die Erhard-Schröder-Regierung hatte besonderes Gewicht auf die südosteuropäischen Länder gelegt und versucht, die SU und die DDR aus ihrer Ostpolitik auszuklammern. Handelsabkommen mit allen anderen RGW-Ländern - Embargo gegen die SU und die DDR: Damit sollte Moskau "isoliert" und unter Druck gesetzt werden (4). Das "Experiment" mißlang. 1966 wurde das Röhrenembargo aufgehoben. Daraufhin erhöhte sich der Handel zwischen der SU und der BRD sehr rasch. Das hinderte die Imperialisten jedoch nicht daran, die "Entwicklung einer nationalen Bewegung" (Strauß) in der CSSR - d.h. die Restauration der bürgerlichen Verhältnisse und die Abtrennung vom sozialistischen Lager - nach Kräften zu fördern. Die westdeutschen Imperialisten sind jedoch der Meinung, "die Führungsrolle der Sowjetunion gebiete es, daß von ihr die Impulse einer Entdogmatisierung der kommunistischen bzw. sozialistischen Wirtschaftsstruktur ausgehen müssen" (). Sie akzeptieren also eine "Führungsrolle" der SU - in der revisionistischen Entwicklung!

Demgemäß schloß die SPD/FDP-Regierung einen "Vertrag über Gewaltverzicht" 1970 zuerst mit der SU ab.

Die SU wickelt etwa 66% ihres Außenhandels innerhalb des sozialistischen Lagers ab, 21% mit den entwickelten kapitalistischen Ländern und 13% mit den Ländern der "Dritten Welt" (). Obwohl die SU stets die Priorität der "sozialistischen Wirtschaftsintegration" betont, wuchs während des letzten Jahrzehnts (1966/70) der sowjetische Handel mit den entwickelten kapitalistischen Ländern prozentual schneller als der mit den anderen RGW-Ländern. Unter den westlichen Handelspartnern der SU liegt die BRD nach Japan und Großbritannien an dritter Stelle (1970). Dabei erhöhte sich der sowjetisch-westdeutsche Warenaus-

Der Handel der BRD mit der Sowjetunion



(1) Schmitt (AEG Vorstand); "Der Volkswirt" 16.8.1968

(2) "Neues Deutschland" 8.6.1969

(3) "Sozialistisches Forum" des MSB/Spartakus in Hamburg Nr. 2/3 Jhrg. 71 S. 25

(4) M. Schmitt, "Osthandel auf neuen Wegen" 1968 S. 9 ff.

(1) Aus einer ähnlichen Konzeption heraus fordern die westdeutschen Reaktionäre heute Verhandlungen der BRD mit der VR China. Die VR China hat solchen Spekulationen eine gründliche Absage erteilt. "Spiegel"

2.8.1971

(2) R. Rodenstock, Vorsitzender d. Landesvorstandes bayerischer Industrieller "FAZ" 7.11.1968

tausch in letzten Jahrfünft um 118 %. Betrachtet man jedoch nur die Lieferungen der kapitalistischen Länder, so bezieht die SU am meisten Waren aus Westdeutschland (4). Dadurch wurde auch die aktive Bilanz, auf die Sowjetunion im Handel mit der BRD bis 1968 verweisen konnte, zu einem Defizit.

Wie alle anderen (!) Länder des RGW ist die Sowjetunion heute Schuldner Westdeutschlands (2).

Die Struktur des russischen Handels mit den entwickelten kapitalistischen Ländern ist für die SU sehr ungünstig. Die sowjetischen Ausfuhr in den Westen bestehen vor allem aus Rohstoffen, Hilfsstoffen, Öl, Gas, Kohlen, Erzen und Metallen. Andererseits bezieht die Sowjetunion aus den kapitalistischen Industrieländern zwei Fünftel ihres gesamten Imports von Maschinen, Einrichtungen und Anlagen. (4)

III. Polen

Während der Berlin-Krise und nach dem Röhrenembargo drosselte die VR Polen ihren Handel mit Westdeutschland, der erst mit Abschluß des Handelsabkommens von 1964 wieder einen Aufschwung nahm. Mit einer ununterbrochenen positiven Bilanz im Warenaustausch mit der BRD von 1959 bis 1966 suchte sich die VR Polen vor wirtschaftlicher Abhängigkeit gegenüber dem westdeutschen Imperialismus zu schützen. In den Jahren 1968 und 69 warf die polnische Presse Rumänien, Jugoslawien und der CSSR wiederholt "separatistische Tendenzen in Bezug auf die sozialistische Weltgemeinschaft, Nationalismus und Revisionismus" vor und vor allem "zu enge Wirtschaftsbeziehungen zum kapitalistischen Westen". (3)

Verschwiegen wurde dabei wohlweislich

daß knapp 1/3 von Polens Außenhandel (1967) mit kapitalistischen Ländern vorstatten geht - das ist nach Rumänien die stärkste Handelsverflechtung eines RGW-Landes mit der kapitalistischen Welt - (4)

daß aus der positiven Handelsbilanz gegenüber der BRD im Rahmen der westdeutschen Exportoffensive seit 1967 ein Defizit wurde -

daß die VR Polen daraufhin schon 1959 mit 350 Mill. DM Schuldner der westdeutschen Imperialisten wurde (s.o.) -

daß die Struktur des polnischen Handels mit der BRD (industrielle Fertigprodukte, Produktionsanlagen, Maschinen aus Westdeutschland gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe aus der VR Polen) äußerst ungünstig ist und auf die Dauer unbedingt zu Abhängigkeiten vom westdeutschen Imperialismus führen muß (s.u.).

Heute befindet sich die VR Polen in einer schweren Krise, die ihren schärfsten Ausdruck in den Arbeiterdemonstrationen vom Dezember 1970 fand. (5) Darin sehen die westdeutschen Imperialisten ihre große Chance: Zynisch bieten sie der VR Polen ihre "Hilfe" an, "technische Hilfe", "Investitionshilfe" und vor allem natürlich "Kapitalhilfe". (6)

In den Vorverhandlungen zu dem 1970 erneuerten Handelsabkommen zwischen der VR Polen und der BRD waren die polnischen Wünsche: langfristige Verträge über die Lieferungen von Produktionsanlagen, mehr Kooperationen, Lizenzverträge. Erstellung eines Rahmens für unmittelbare Zusammenarbeit von polnischen und westdeutschen Firmen, kurz: engere Wirtschaftsbeziehungen zum kapitalistischen Westen. (1) Befriedigt stellen die Kapitalisten fest: "Wirtschaftsplan Polens (1971-75) abhängig vom Westhandel" (!) und: "Wir haben eine gute Ernte eingebracht ..." (2)

Das ist genau im Sinne der Expansion der westdeutschen Imperialisten. Die Erfüllung der Planziele eines sozialistischen Landes ist von ihren Lieferungen abhängig! Damit haben sie gleichzeitig ein politisches Druckmittel in der Hand.

Aber nicht nur das: Das polnische "Reform-Modell", das von der neuen Parteiführung entworfen wurde und für die Betriebe größere Selbständigkeit sowie eine stärkere Ausrichtung der Produktion auf die Marktgegebenheiten vorsieht, kommt den Imperialisten sehr gelegen. Der Abbau der staatlichen Zuständigkeit in der Planung und im Außenhandel, der Abbau der staatlichen Kontrolle gewährt ihnen mehr Handlungsspielraum und bessere Einflußmöglichkeiten auf die sozialistische Produktion.

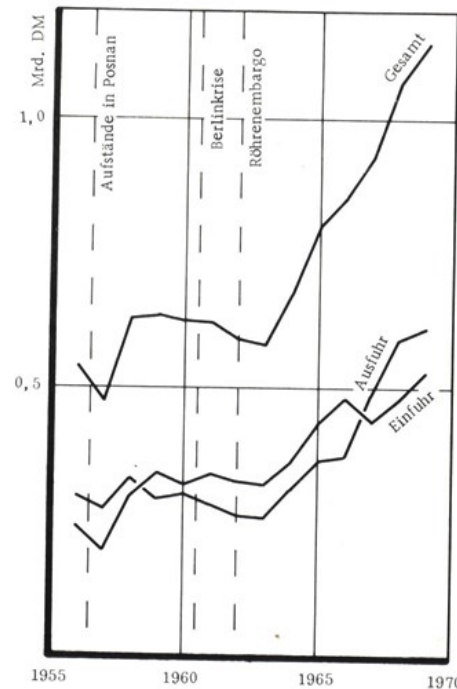
Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei betreibt in gefährlichem Ausmaß gerade die Politik, die sie bei anderen Ländern völlig richtig als Revisionismus kennzeichnet hat!

IV.u.V. Ungarn und Bulgarien

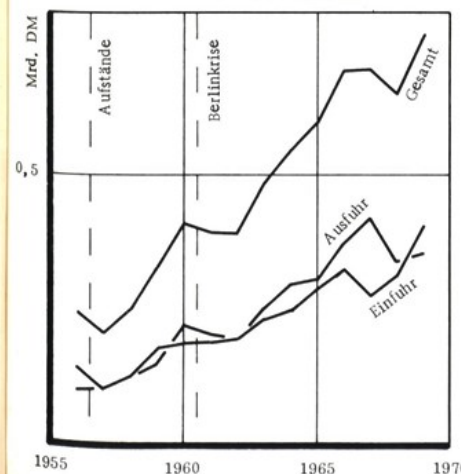
Ungarn wickelte 1967 25 % seines Außenhandels mit kapitalistischen Staaten ab; 5,8 % der ungarischen Einfuhr desselben Jahres kamen aus der BRD. (3) Auch für Ungarn spielen die Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD eine wesentliche Rolle. Zum Abschluß eines fünfjährigen Handelsabkommens zwischen den beiden Ländern 1970 wird berichtet: "Ungarn will die Möglichkeiten des langfristigen Handelsabkommens mit der Bundesrepublik noch in den neuen Fünfjahresplan einbauen". (4)

Der Verlauf des Warenaustauschs zeigt die typische Entwicklung: Stagnation Anfang der 60er Jahre, Aufschwung nach Abschluß des Handelsabkommens 1964. Nachdem Bulgarien jedoch seinen Handel mit der BRD zwischen 1964 und 66 mehr als verdoppelt hatte - und damit in einen Zahlungsrückstand von 1 Mrd. DM gegenüber der BRD geriet - war es das einzige Land des RGW, das seit 1966 seine Warenbezüge aus Westdeutschland Jahr um Jahr drosselte. Trotzdem blieb das Handelsdefizit gegenüber der BRD bestehen.

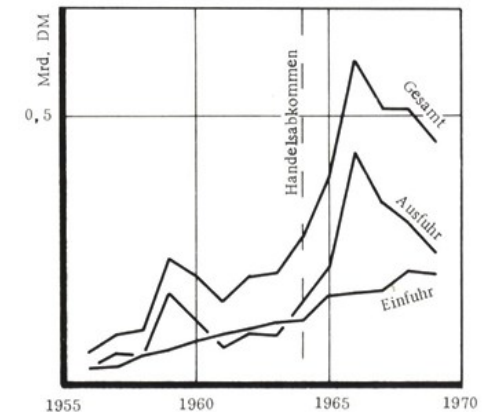
Der Handel der BRD mit Polen



Der Handel der BRD mit Ungarn



Der Handel der BRD mit Bulgarien



VI. CSSR

Rückgang nach dem Röhrenembargo, Steigerung aufgrund des Handelsabkommens 1964, permanentes Handelsdefizit (mit Ausnahme von 1956 und 1963). Unter Dubček - von 1967 auf 68 - wurde die Einfuhr aus der BRD um 34 % gesteigert, das Gesamtvolumen (Einfuhr + Ausfuhr) des Handels mit der BRD erhöhte sich um 32 %. Die Folge davon war ein Rekord-Defizit (für die CSSR) von 250

(1) "Frankfurter Rundschau" 15.10.1971

(2) "Neue Zürcher Zeitung" 25.1.1970

(3) "Trybuna Robotnicza" zitiert aus "Wirtschaft des Ostblocks" 24.1.1969

(4) "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 102

(5) Siehe KAB Arbeiterzeitung Nr.3

(6) "Nachrichten für den Außenhandel" 25.6.1969

(1) "FAZ" 6.11.1969

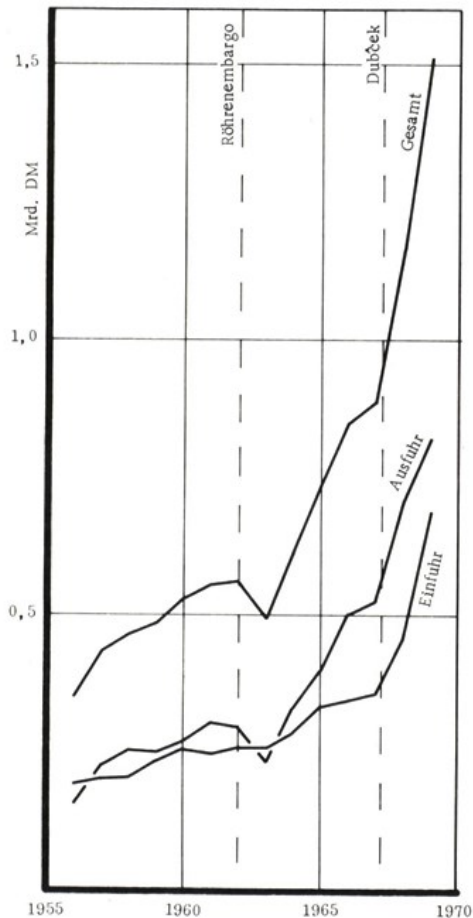
(2) "Handelsblatt" 15.11.1969; "Spiegel" 22.6.1970 und Schiller (Wirtschaftsminister der BRD) 1970 in Warschau

(3) "Europ. Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 69 und S. 102

(4) "Frankfurter Rundschau" 27.8.1970

Mill DM 1968. Die westdeutschen Imperialisten hätten diesen Überschuß allzu gern in eine langfristige Staatsanleihe ihrerseits umgemünzt. Damit hätten sie ihren Warenexport auf lange Sicht absichern und erweitern können und sich gleichzeitig eine politische Trumpfkarte gesichert. Die ideologische, politische und ökonomische Zersetzung der CSSR, die vom westdeutschen Imperialismus nach Kräften unterstützt und vorangetrieben wurde, hätte damit einen neuen Höhepunkt erreicht. In der Tat hatte CSSR um eine Anleihe in Bonn nachgesucht. Da-

Der Handel der BRD mit der CSSR



(1) "Spiegel" 17. 6. 1968

(2) "Spiegel" 20. 10. 1968

(3) Frankfurter Rundschau 13. 9. 1971

(4) "Spiegel" 24. 3. 1969

(5) "Europ. Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 69/70

für sollten die Kompetenzen der westdeutschen Handelsmission in Prag erweitert und bis Anfang 1969 diplomatische Beziehungen aufgenommen werden. (1) Als sich die Widersprüche zwischen der CSSR und der SU zuspitzten, dementierte die Bundesregierung diese Pläne. Anstelle dessen wollte man einen Kredit der Weltbank an die CSSR verbürgen. Nachdem sich diese Hoffnungen im August 1968 zerschlagen hatten, stellten die westdeutschen Imperialisten gleich darauf Jugoslawien eine "Friedensanleihe" in Aussicht, da man das "Bedürfnis" habe, Jugoslawien "vor einer Invasion zu schützen". (2)

Aber auch nach der Besetzung der CSSR durch sowjetische Truppen wurde die Politik der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem kapitalistischen Westen fortgesetzt.

1969 stieg das Handelsvolumen zwischen der CSSR und der BRD wiederum um 30 %.

1971 soll das Handelsvolumen erstmals 2 Mrd. DM übersteigen. Im 1. Halbjahr 1971 stieg der Handel der CSSR mit der BRD um 15 % und damit schneller als ihr Handel mit den übrigen RGW-Ländern (10 %). (3) Dabei stiegen die tschechischen Lieferungen zwar schneller als die westdeutschen, ein Überschuß der BRD von 130 Mill. DM blieb jedoch bestehen.

Das Beispiel CSSR zeigt unmißverständlich, was die Imperialisten unter "stärkerer Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung" verstehen: Nichts anderes als stärkere Einbeziehung in das kapitalistische Lager !!!

VII. Rumänien

Von allen RGW-Ländern ist das Vordringen des westdeutschen Kapitals in Rumänien derzeit am weitesten fortgeschritten. In den 60iger Jahren stieg der Handel Rumäniens mit der BRD um 60 %, dabei verzehnfachten sich die westdeutschen Exporte. Im gleichen Zeitraum senkten die Rumänen ihren Warenaustausch mit der SU um 30 %. (4)

Schon 1966 war die BRD der zweitgrößte Handelspartner nach der SU. (5) 40 % des rumänischen Außenhandels findet mit kapitalistischen Ländern statt. (6) Unter diesen belegt die BRD mit 12 % Anteil am gesamten rum. Handel "den ersten Platz". (7) Da die Rumänen weit mehr Waren aus der BRD importieren, als sie umgekehrt dort absetzen können, erzielen die westdeutschen Kapitalisten - verglichen mit der Größe des rumänischen Marktes - gewaltige Überschüsse. So fiel es den BRD-Imperialisten nicht schwer, Rumänien ihre Finanzierungsbedingungen aufzuzwingen, d.h. ihre Exportüberschüsse in langfristige Kredite zu verwandeln. 1969 war Rumänien mit ca. 2 Mrd DM an die BRD verschuldet, die Abzahlungsfristen betragen bis zu 15 Jahren. (8) Für die Kapitalisten ist daher die "Kreditpolitik" - also der indirekte Kapitalex-

(6) ebenda S. 102; "FAZ" 25. 9. 1969:

30% der rum. Ausfuhr nach

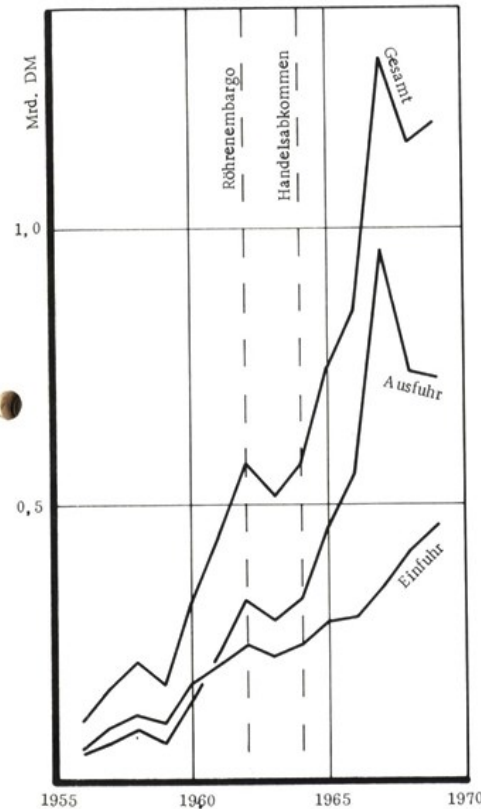
40% der rum. Einfuhr aus

kapitalistischen Ländern

(7) "Spiegel" 22. 6. 1970; "Europ. Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 69/70

(8) "Spiegel" 24. 3. 1969; "Handelsblatt" 27. 10. 1969

Der Handel der BRD mit Rumänien



port nach Rumänien - "vorbildlich". (1) Für sie ist das ein Hebel, zumindestens ökonomisch ihre Stellung in Südosteuropa auszubauen. Ein weiterer Hebel ist eine ganze Reihe von Kooperationen, die sie mit rumänischen Firmen abschließen konnten (s. u.).

Aber diese wirtschaftliche Verflechtung findet natürlich auch ihren politischen Niederschlag. Z. B. gelang es den westdeutschen Imperialisten, in dem 1964 mit Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrag eine Berlinklausel durchzusetzen, die ihren Vorstellungen über Westberlin entspricht. (2)

Das scheint jedoch erst der Anfang der Expansion des westdeutschen Imperialismus nach Rumänien zu sein. Noch 1970 hatte der rum. Ministerpräsident - neben der Betonung, wie "interessant" die Beziehung zur BRD auf allen Bereichen seien - nicht vergessen zu erwähnen: "Es kann auf rumänischem Boden keinen anderen Besitz als

rumänischen Besitz geben - zumindest jetzt nicht. Was in 10 oder 20 Jahren sein wird, das weiß ich noch nicht..". (3)

Schon 1971 allerdings verkündete der rum. Chemieminister Florescu bei einem Besuch in Frankfurt, sein Land sei bereit, westdeutschen Firmen Kapitalbeteiligungen in Rumänien einzuräumen (bis zu 49 % Anteile an rum. Unternehmen). Man werde "Garantien leisten für die Überweisung der Gewinnanteile und der Abschreibungen in das Ausland"; die Bedingungen, "was Art und Weise der Besitzbildungen, Rückzug der Beteiligungsquoten sowie die Kriterien für die Verteilung des Reingewinns anbelangt", müßten in den einzelnen Verträgen ausgehandelt werden. (4)

Den Kapitalisten bedeutet das soviel wie ein "Durchbruch", den sie bisher erst in Jugoslawien geschafft haben. Denn der (direkte) Kapitalexport, die Errichtung eigener Zweigfirmen im Ausland, ist für die Imperialisten das mächtigste ökonomische Mittel zur Eroberung eines Marktes.

VIII. Der Handel zwischen BRD und DDR

Anfang der 60iger Jahre (verschärfte Aggressionen des westdeutschen Imperialismus, Berlin-Krise) weist der Handel der BRD mit der DDR eine rückläufige Tendenz auf. Von der Vielzahl der Repressionen seitens der BRD gegen den Warenaustausch mit der DDR war schon oben die Rede. Einige dieser reaktionären Regelungen würden im Rahmen der "Neuen Ostpolitik" abgebaut, ohne daß die westdeutschen Imperialisten jedoch z. B. auf die Einmischung in die Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit dritten Ländern verzichten würden.

1969 und 1970 kam es zu starken Exportüberschüssen der BRD, sodaß sich die DDR Ende 1970 mit 1,3 Mrd DM im Zahlungsrückstand gegenüber der BRD befand. (5) (Stoph ist bemüht, zu versichern, daß es sich dabei um "Verpflichtungen", nicht aber um "Schulden" handle). Ein etwa gleichhoher Betrag an "Verpflichtungen" steht bei anderen kapitalistischen Ländern aus. (5)

Was den Handel mit den europäischen kapitalistischen Ländern angeht, besitzt die DDR eine gewisse Sonderstellung: Da die westdeutschen Imperialisten ihren Alleinvertragsanspruch innerhalb der EWG durchsetzen, wird die DDR von der EWG handelspolitisch als Teil der BRD betrachtet. Die DDR erhielt dadurch zollfreien Zutritt zur EWG. Der Warenaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten fungiert somit als "innerdeutscher Handel". Natürlich versuchen die westdeutschen Imperialisten die DDR zu erpressen: Handelsprivilegien oder

(1) "Volkswirt" 17. 5. 1968

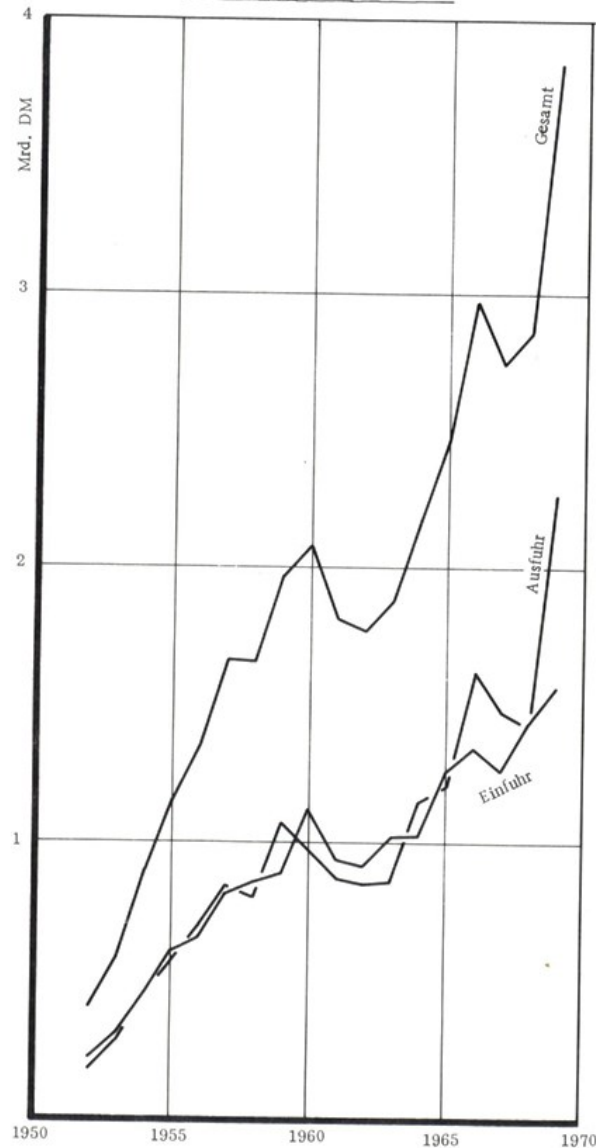
(2) "Spiegel" 17. 10. 1966

(3) "Spiegel" 22. 6. 1970 Interview mit Maurer

(4) "Spiegel" 12. 4. 1971

(5) "Spiegel" 22. 3. 1971

Der Handel der BRD mit der DDR



völkerrechtliche Anerkennung.

Aufgrund dieser handelspolitischen Sonderstellung der DDR gegenüber der EWG wickeln auch andere RGW-Länder, vor allem die SU, einen Teil ihres Handels mit den EWG-Ländern über die DDR als Zwischenglied ab. Das bedeutet für die DDR eine gewisse Belastung, da sie nicht ohne weiteres in der Lage ist, ihren Export in die kapitalistischen Länder dementsprechend zu steigern, um eine ausgeglichene Handelsbilanz zu bewahren.

Während die BRD ihr Interesse an "langfristigen Kooperationsbeziehungen" zur DDR mehrfach erklärt hat, lehnt die DDR bisher eine solche Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten strikt ab. Anders als in der SU z. B. wurden Kooperationsangebote der BRD vom "Neuen Deutschland" mehrfach als "imperialistische Subversion" bezeichnet und betont: Die Kooperationspartner der DDR sind die anderen RGW-Länder. Ebenso lehnt die DDR alle Angebote der BRD-Kapitalisten, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit langfristigen Krediten zu "helfen", als Versuche, die Beziehungen der DDR zur SU und dem RGW zu stören, entschieden ab.

Der DDR-Ökonom Domdey setzt sich mit der Frage auseinander, unter welchen Umständen und Bedingungen Kooperationen mit der BRD möglich sein könnten: "Meiner Ansicht nach ist auch hierbei von den objektiven Gründen seiner besonderen Aggressivität (des westdeutschen Imperialismus), das heißt nicht allein von der jeweiligen

Außenpolitik der verschiedenen Bonner Regierungen auszugehen ... solange die Machtverhältnisse im Kern unverändert sind, bleibt die Basis der besonderen politischen, ökonomischen und ideologischen Aggressivität ..." (4)

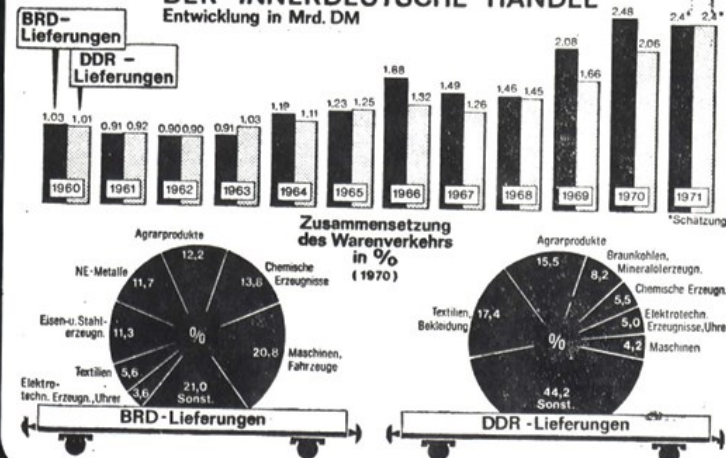
Als Bedingungen, unter denen eine Zusammenarbeit möglich sei, nennt Domdey die Erfüllung der Hauptforderungen des Potsdamer Abkommens auch in Westdeutschland. Aber auch er stellt sich die Möglichkeit einer gesamteuropäischen "Wettbewerbsordnung" vor, in der die sozialistischen Staaten und "kooperationsfähige" Imperialisten miteinander wetteifern, wobei sich dann die "historische Überlegenheit des sozialistischen Systems" erweisen kann.

Offenbar soll der Imperialismus gezwungen werden, den Klassenkampf in einer fairen und sportlichen Weise zu führen, auch wenn er - gesetzmäßig - immer wieder zu Fouls neigt.

- (1) "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 74

DER "INNERDEUTSCHE" HANDEL

Entwicklung in Mrd. DM



DIE WARENSTRUKTUR DES OSTHANDELS DER BRD

Maschinen gegen Rohstoffe

Betrachten wir die Warenstruktur des Osthandels, so wird sehr deutlich, daß - abgesehen von der DDR, deren Handel mit der BRD nicht in die Tabelle einbezogen ist - die Imperialisten als Hebel für ihre Ziele, die höhere technische Entwicklung gegenüber den RGW-Ländern voll

auszuspielen suchen. Die Einfuhr der BRD aus den RGW-Ländern besteht fast vollständig aus Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, deren Preise auf dem Weltmarkt sehr niedrig sind und beständig weiter sinken, im Gegensatz zu den Fertigprodukten. Dagegen besteht die Ausfuhr der BRD fast vollständig aus Maschinen und anderen Fertigwaren. Das ganze Ausmaß dieses Zustandes gibt die Tabelle nicht einmal wieder, denn: bei der Einfuhr der BRD aus den RGW-Ländern sind 70 % landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, weitere

Osthandel der BRD in Warengruppen (ohne DDR)

in Mill. DM	BRD - Einfuhr				BRD - Ausfuhr			
	1968	%	1969	%	1968	%	1969	%
Ernährungs- und Landwirtschaft	960,946	28,3	1966,145	26,9	78,266	1,7	129,770	2,6
Textilwirtschaft	194,850	5,7	258,083	6,8	207,135	4,6	243,807	4,6
Häute- und Lederwirtschaft	122,770	3,6	181,789	4,6	51,586	1,1	44,034	0,9
Holzwirtschaft	241,786	7,1	299,955	7,6	4,318	0,1	7,887	0,1
Brennstoffwirtschaft	507,612	14,8	452,121	11,3	10,840	0,3	18,641	0,4
Erze und Metalle	331,891	9,8	487,538	12,2	114,838	2,5	107,647	2,1
Metallhalbzeug- und vorerzeugnisse	171,612	5,0	230,507	5,8	626,138	13,9	802,038	15,8
Metallwaren	7,883	0,2	19,596	0,5	174,312	3,8	337,117	6,6
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	316,079	9,2	344,076	8,6	844,081	18,7	890,332	17,6
Papier und Druckerzeugnisse	39,519	1,2	56,735	1,4	39,047	0,9	50,844	1,0
Nichtmetallische Mineralien und Waren daraus	56,479	1,7	100,308	2,5	32,593	0,7	31,928	0,6
Gruppe mechanische Industrien	147,941	4,3	187,851	4,7	2008,765	44,4	2228,860	43,8
insgesamt	3410,145	90,9	3973,148	92,9	4512,411	92,7	5080,971	96,3

Quelle: Ostausschuß der deutschen Wirtschaft

14,5 % Leder, Gewebe, Roheisen und andere Halbwaren und 9,5 % Erdöl und Erdölprodukte (alle Zahlen für 1969) (4) zusammen ca. 94 % Rohstoffe und Halbwaren.

Umgekehrt handelt es sich bei der Ausfuhr der BRD allein bei 34,3 % um Maschinen und Werkzeuge, bzw. bei 59,4 % um Erzeugnisse der mechanischen Industrie und chemischen Industrie. Ein großer Teil davon sind Lieferungen von kompletten Anlagen. Das hat zur Folge, daß die Durchführung der Pläne mehr oder weniger von der Lieferung hochwertiger westdeutscher Industrieprodukte abhängig sind.

Eine Ausnahme davon bildet der Handel mit der DDR: siehe dazu das Schaubild im Kapitel "Handel zwischen BRD und DDR".

Als Mittel dieses Verhältnis zu ändern, empfehlen die Kapitalisten die Einführung weiterer kapitalistischer Methoden, wie Marktforschung und Werbung in der BRD, wobei die Kapitalisten ihnen gerne behilflich sein wollen (2).

Nichts desto trotz erklärte Kossygin in "Direktiven des XXIII. Parteitag der KPdSU über den Fünfjahresplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1966 bis 70" (Moskau 66 S. 68) (3): "Jetzt wird immer offensichtlicher, daß die moderne wissenschaftlich technische Revolution in der ganzen Welt freie, ökonomische Kontakte fordert. Sie schafft auch Voraussetzungen für einen breiten ökonomischen Austausch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Und dieser Prozeß kann auch eine günstige Wirkung auf die internationale Situation ausüben."

Demgegenüber gilt, was W. Friedrich aus der DDR erklärte (3): "Jedes Liebgeln mit einer eventuellen 'Hilfe' von seiten der imperialistischen Länder oder Konzerne führt in die Irre, schadet jedem einzelnen sozialistischen Land; dient in Europa vor allem der Durchsetzung der Ziele des westdeutschen Imperialismus."

Kooperation oder Kapitalexport

Schlagwort auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen ist seit einigen Jahren die "Kooperation". Hier ist nicht der Platz, die politischen "Kooperationen" zwischen Imperialisten und Revisionisten zu untersuchen, z. B. zur "Liquidierung der Kriegsherde in Südostasien und im Nahen Osten" (Breshnew, XXIV. Parteitag der KPdSU) und wie dabei vorgegangen wird. (4) Hier ist viel mehr die Rede von Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wissenschaft, Technik und Produktion, also vor allem von ökonomischen Kooperationen. Die Zusammenarbeit in der Weltpolitik zwischen Imperialismus und Revisionismus sollte dabei jedoch nicht aus den Augen verloren werden.

Diese Kooperation im engeren Sinne wird meist im Zusammenhang mit der "Entwicklung neuer Technologien" und der "Bewältigung der wissenschaftlich - technischen Revolution" genannt. Sie spielt eine wesentliche Rolle beim Aufbau moderner Industriezweige in den RGW-Staaten. Die SU und die anderen osteuropäischen Länder streben die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern bei

der Verwirklichung technologisch schwieriger Großprojekte an. Offenbar soll der technologische Vorsprung des Westens mit Hilfe der Kapitalisten selbst eingeholt werden. Beispiele sind in der SU die Kooperation mit Fiat beim Bau eines Automobilwerkes, das jährlich 600 000 Wagen produzieren soll, das sowjetisch-westdeutsche Röhren-Erdgas-Geschäft (mit Mannesmann) und in Rumänien die Kooperation mit Babcock & Wilcox Dampfkessel AG (Oberhausen) zur Entwicklung der rum. Stromversorgung. (5) Aufsehen erregten in letzter Zeit vor allem die sowjetischen Angebote an kapitalistische Unternehmen zur Beteiligung beim Aufbau eines LKW-Werks an der Kama. Dieses Superwerk - im sowjetischen Fünfjahresplan 1971 - 75 aufgeführt - soll zunächst jährlich 150 000, später dann sogar 200 000 Schwerlasten produzieren. Lieferungen von Produktionsmitteln und technischem Personal im Wert von etwa 3/4 der Gesamtkosten des Projektes (ca. 3,5 Mrd. DM) sollten von westlichen Firmen übernommen werden. Das stellt in der Tat ein Kooperationsangebot auf einer völlig neuen Stufe dar; bisher scheiterten jedoch die sowjetischen Verhandlungen mit Ford, Fiat, Daimler-Benz und Mack Trucks. (6)

Es besteht kein Zweifel daran, daß die mittleren und kleinen kapitalistischen Firmen bei der Ost-West-Kooperation kaum eine Rolle spielen, wenn auch die RGW-Staaten - wohl aus politischen Gründen - die Kontakte mit diesen Unternehmen ausdrücklich befürworten. In Wirklichkeit sind die kapitalistischen Monopole ihre Kooperationspartner.

Beide Seiten sind sich darin einig, daß die Kooperation "noch in den Kinderschuhen steckt". Man stimmt jedoch auch darin überein, daß es "für beide Seiten von Vorteil sei", diese Art der Zusammenarbeit auszuweiten.

Da diese Kooperationen als Bestandteil und Konkretion des Prinzips der "Friedlichen Koexistenz" betrachtet werden, ist es ebenfalls notwendig, die ganze Sache politisch-ideologisch genauer zu untersuchen.

(1) Angaben des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft

(2) "Handelsblatt" 22.4.1968

(3) aus "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen"

(4) "KAB Arbeiterzeitung" Nr. 8

(5) Die Firma entwickelt für die nächsten 10 Jahre alle Großkesselanlagen für Rumänien, und schult die Ingenieure und Facharbeiter dazu. Es handelt sich um Kessel für 7 - 15 Großkraftwerke mit einem Stückpreis von 35 Mio DM. Siehe "Spiegel" 25.5.1966

(6) Zum Vergleich: Für die nächsten drei Jahre sind zwischen polnischen und westdeutschen Firmen bisher Kooperationsprojekte in Höhe von 150 bis 200 Mio. DM vereinbart (1970: 30 Mio DM) aus "Frankfurter Rundschau" 20.9.1971. Die Angaben über die geplante sowj. LKW-Werk sind dem "Spiegel" Okt. 71 entnommen.

Konkrete Formen...

Eine solche Form der "Zusammenarbeit" bilden die Lizenzgeschäfte. Meistens handelt es sich dabei jedoch nicht nur einfach um den Handel mit Lizenzen. Die Kapitalisten liefern oft ganze schlüsselfertige Werke und stellen für eine gewisse Zeit ihr Fachpersonal zur Verfügung. Die Bezahlung erfolgt dann schrittweise durch die Endprodukte des Werkes.

Die nächste Stufe der Kooperation sind die Koproduktionen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Firmen. Durch die "Produktion einander ergänzender Erzeugnisse" sollen "Rationalisierungen" erzielt werden. In den meisten Fällen sieht das so aus, daß die Kapitalisten Halbfertigwaren aus den RGW-Ländern beziehen, die Endprodukte selbst herstellen und damit die Lieferungen bezahlen. Da den sozialistischen Betrieben die Ausstattungen und Anlagen für eine vollständige Fertigung der Produkte fehlen, sie also selbst mit ihrer eigenen Produktion gar nichts anfangen können, sind sie natürlich voll abhängig von den kapitalistischen Lieferungen. Das Ganze läuft einfach darauf hinaus, daß die Kapitalisten einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlegen.

Bei den Lohnfertigungen schließlich wird in den RGW-Ländern im Auftrag der Kapitalisten produziert. Das hat nun gar nichts mehr mit sozialistischer Produktion nach gesellschaftlichen Bedürfnissen dieser Länder zu tun, wenn auch die Produktionsmittel weiterhin dem Staat gehören. Wenn z. B. Bulgarische Arbeiterinnen Pelze für die westdeutschen Bourgeois-Frauen zusammennähen müssen, so ist das einfach eine Schweinerei. (4) Zu erwähnen bleibt noch die Beteiligung der Kapitalisten beim Abbau von Rohstoffen im RGW. Sie liefern dabei die Ausrüstungen (Schürfanlagen, Pipelines), fungieren als "Partner" bei der Planung und im Management und sichern sich ihren Anteil an den gewonnenen Erzen, Mineralen, Erdöl oder - gas usw.

"Garantierte und privilegierte Märkte" für die Imperialisten

Es ist einsichtig, daß diese Kooperationen ein hohes Maß wirtschaftlicher Verflechtungen darstellen und den Imperialisten eine Menge Einfluß im RGW gewähren. Nicht nur daß die RGW-Länder bei allen Erweiterungen und technischen Erneuerungen auf ihre kapitalistischen "Partner" angewiesen sind - ein einzelner solcher Vertrag hat oftmals eine ganze Reihe weiterer zur Folge. Handelt es sich z. B. um ein Projekt der Automobilindustrie, so stellt sich sofort die Frage nach entsprechenden Werkzeugmaschinen, Reparaturwerkstätten, Tankstellen, Straßenbau etc. Auch bei diesen "Ergänzungsobjekten" ist man dann meist auf die kapitalistischen Monopole angewiesen.

Langfristiges Ziel der Imperialisten: Der Aufbau eines regelrechten Netzes von Einflußstellen und schließlich die Kontrolle ganzer Wirtschaftszweige im RGW.

Wohl um den Kapitalisten die Kooperation recht schmackhaft zu machen, zitiert ein russischer Ökonom in einem Artikel das französische Bourgeois-Blatt "Figaro": "... aber diese teilweise Integration hätte andererseits den Vorzug, daß sie uns (Frankreich) garantierte und privilegierte Absatzmärkte sicherte..." (2). Das läßt der Revisionist unwidersprochen passieren! Das kann doch gar nichts anderes heißen, als daß die Kooperationen den Monopolen ein willkommenes Mittel zur Erschließung und Eroberung der RGW-Märkte bieten.

Kein Wunder, daß den Kapitalisten das Ausmaß und die Art der Kooperationen vielfach als "alleiniger Gradmesser" der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem RGW gilt!

...des Kapitalexports

Die Revisionisten selbst nennen als "Vorteile" der Kooperation für die Kapitalisten: sie werde der BRD neue Absatzmärkte eröffnen, ihr Grundlagen für eine autonome wirtschaftliche Entwicklung schaffen und letzten Endes die Position der Vorherrschaft (!), die sie unter den kapitalistischen Ländern Europas innehat, konsolidieren. (3) Das alles begrüßen die Revisionisten offensichtlich! "Gleichzeitig" würde die Kooperation "eine beschleunigte Weiterentwicklung garantieren, die eine allgemeine Erhöhung des Lebensniveaus zur Folge hätte und auch eine bessere Garantie für die Erhaltung des Friedens unter den Völkern bedeuten würde." (4) Nach Meinung der Revisionisten wirkt der "Segen" der Kooperation unabhängig von den Klassen, ja selbst die Arbeitsplätze werden sicherer (5), wir können allmählich den Klassenkampf vergessen und von "internationaler Arbeitsteilung an sich" sprechen (6) und von der Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten (7) unabhängig ihres Klassencharakters träumen. Das gleicht einem Schlangenbeschwörer, der sich selbst mit seinem Flötenspiel einschläft! Bzw. solche revisionistischen Schreiberlinge sind Ausdruck der Entwicklung der revisionistischen Staaten auf den Imperialismus zu. Politische Zusammenarbeit mit den Imperialisten wird es nur im Interesse des Kapitalismus geben.

Diese Vorteile, diese "neuen und stabilen Absatzmärkte" (8) verschaffen sich die Imperialisten normalerweise mit Hilfe des Kapitalexports. "Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden" (Lenin, (9)). Eben weil der Kapitalexport das zentrale ökonomische

Mittel zur Aufteilung der Welt durch die Monopole, zur Eroberung und Absicherung von Märkten ist.

In der Tat ist die Kooperation nichts anderes als eine Form des Kapitalexports unter den politischen und ökonomischen Bedingungen, die die Imperialisten im RGW vorfinden. D. h., daß ihnen Investitionen im herkömmlichen Sinn - also die Errichtung eigener Fabriken, der Besitz an Produktionsmitteln - im RGW bisher noch nicht möglich sind (Ausnahme: Jugoslawien, Rumänien, S. o.). Wenn die Kapitalisten aber ganze Produktionsanlagen liefern, die ihnen langfristig mit einem Teil der Endproduktion dieser Werke bezahlt werden, wenn sie ferner einen weiteren Teil der Produktion als "Lizenzgebühr" für sich einstecken können, so ist das sehr wohl eine Form von Kapitalexport. Wenn z. B. die WEWAG (Westdeutsche Werkzeugmaschinen AG), die mit polnischen Firmen kooperiert, in Polen hergestellte Maschinen auch selbst vollständig in Polen vertreibt, (4) worin unterscheidet sich das noch von der Errichtung eigener Zweigunternehmen in Polen?

Den Revisionisten heißt das scheinheilig "freie ökonomische Kontakte in der ganzen Welt" (Kossygin) und "die Beziehungen zwischen den Partnern aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern auf eine sachliche Grundlage stellen" (2).

Für die Arbeiterklasse im RGW heißt das: Ausbeutung durch die westlichen Kapitalisten.

Der Kapitalexport besitzt aber auch eine entscheidende politische Dimension. Lenin wies in seiner Analyse über den Imperialismus nach, daß die Aufteilung der Welt durch die Kapitalistenverbände untrennbar verbunden ist mit der Aufteilung der Welt unter die Großmächte. Was heißt denn "garantierte und privilegierte Märkte" für die Imperialisten in den Ländern der "Dritten Welt"? Neokolonialismus. Und was bedeutet die Kooperation politisch für die RGW-Länder? Daß die "Zusammenarbeit" mit den Imperialisten nicht zu trennen ist von der fortschreitenden Aufweichung und Unterwanderung des sozialistischen Lagers, von der revisionistischen Entwicklung, von der allmählichen Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse! Lenin schrieb in "Der Imperialismus": "Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt." (3) Schon das Beispiel Jugoslawien, wo es westliche Kapitalanlagen in größerem Ausmaß gibt, beweist, daß diese Feststellung Lenins allgemeine Bedeutung hat und auch auf revisionistische Länder zutrifft. Denn Jugoslawien ist das Land, in dem die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse am weitesten fortgeschritten ist. (4) Strauß und Brandt haben unmißverständlich klargemacht, warum sie für die "Förderung der Handels- und Kulturbe-

ziehungen" eintreten. Und der "Osthandelsexperte" Schmitt (AEG-Vorstand) hat sich ebenfalls in diesem Sinne Gedanken über die Kooperation gemacht. Er erhält die Kooperation nicht nur für eine "wirtschaftliche Klammer zwischen diesen Ländern (RGW) und uns", sondern sogar für ein "Instrument einer Strategie auf weite Sicht". Mit der Kooperation wollen die Kapitalisten "strukturell dauerhafte Grundlagen für einen stärkeren Gütertausch schaffen, der beide Seiten arbeitsteilig und langfristig, also organisch verbindet." (5)

Die Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern sind diejenigen zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Sie können niemals "arbeitsteilig und langfristig, also organisch" sein. Mit den "strukturell dauerhaften Grundlagen", die die Kooperation schaffen soll, meinen die Imperialisten nichts anderes als die Revision des Sozialismus, die Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse und schließlich die Zerschlagung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse in diesen Ländern.

Daß die Imperialisten solche Pläne verfolgen, ist keine neue Erkenntnis. Das Entscheidende ist, daß die Kooperation, die ihnen ein Mittel zur Verwirklichung ihrer Expansion in die Hand gibt, von den Führern des RGW selbst ausdrücklich befürwortet und gewünscht wird. Und auch eine gewisse ökonomische und technische Zusammenarbeit würde kaum Beachtung finden, wenn es nicht gerade bei wichtigen Großprojekten wäre, mit denen sich die Revisionisten auch noch in ihren Fünf-Jahres-Plänen rühmen, und die SU nicht in dem Bemühen stünde, den Imperialisten in Westeuropa andererseits bei ihren Bemühungen, sich von den USA unabhängig zu machen, um ihren Konkurrenten zu schwächen, kräftig zu helfen. (6)

Ebenso würde man über den Wunsch der Kapitalisten, im RGW die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen, nicht viel Worte verlieren, wenn es nur ein Wunsch wäre, und sie nicht konkrete Fortschritte mit dieser Taktik verzeichnen würden.

Untersuchen wir daher die "Kleinarbeit" der Kapitalisten in dieser Richtung.



(1) "Volkswirt" 20.1.1967

(2) J. Faminskij in "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 107

(3) "Marxistische Blätter" 2/71

(4) Jean Terfve "Europäische Sicherheit vordringlich" S. 13

(5) ebenda S. 13

(6) ebenda W. M. Breuer: "Möglichkeiten und Vorteile der Kooperation im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems" S. 21

(7) ebenda S. 19

(8) ebenda S. 21

(9) "Der Imperialismus"

(1) "Journal of Commerce" 6.1.1970

(2) "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 99 und S. 107

(3) "Der Imperialismus"

(4) siehe "Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" Abschnitt: "Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?" S. 157 ff

(5) "Volkswirt" 16.8.1968

(6) So bot die SU laut "Frankfurter Rundschau" vom 13.9.1971 den Imperialisten an, "Uran-Anreicherungs-dienste zu übernehmen", die bisher die USA vornahmen. - Angereichertes Uran kann man für Atomreaktoren und zum Bau von Atombomben verwenden. In diesem Zusammenhänge spielen auch die Erdgas und Erdöillieferungen der SU eine Rolle.

Was sind die nächsten Schritte?

Die Imperialisten geben sich unentwegt Mühe, den in den Kooperationen ohnehin schon gewonnenen Einfluß zu erweitern. So ist es ihnen teilweise schon gelungen, die Vertriebswege der "Partnerunternehmen" im RGW für ihre eigenen Waren zu benutzen, um das staatliche Außenhandelsmonopol zu unterlaufen. (1) Aber das genügt ihnen freilich nicht: "Solange der westliche Partner wegen der Gesellschaftssysteme in Osteuropa keinen Einfluß auf das Funktionieren der Betriebe sowie auf Qualität, Design oder Lieferverpflichtungen nehmen kann, wird sich schwerlich die Palette der Kooperationsverträge erweitern lassen ... die Abhängigkeit von den Planvorstellungen der osteuropäischen Länder ist vielen deutschen Unternehmern einfach zu groß ..." (2)

Was die Ost-West-Handelsbeziehungen angeht, sind die Revisionisten der Meinung, daß sie noch "weit hinter den ökonomischen Möglichkeiten" zurückbleiben. (3)

Aber die Kapitalisten machen eine Steigerung des Warenaustausches mit dem RGW von bestimmten Bedingungen abhängig. Als Gründe, die eine größere Ausweitung des Handelsvolumens angeblich verhindern, nennen sie vor allem:

1. Die Unmöglichkeit westlicher Kapitalbeteiligung im RGW, d.h. Investitionen im üblichen Sinne
2. Die Inkonvertibilität der Osteuropäischen Währungen, d.h. daß der freie Austausch dieser Währungen nicht möglich ist
3. Bilateralität der Handelsbeziehungen, was bedeuten soll, daß die RGW-Länder im wesentlichen nur soviel Waren von einem Land beziehen, wie sie im Gegenwert dorthin liefern. Sie versuchen daher bei hohen Defiziten (Passivaldos) ihre Westimporte zu drosseln.

(1) "Industriekurier" 30.6.1970: "... Diese Ausführungen zeigen, daß die Zusammenarbeitsverträge ihrer Natur nach nicht auf die Produktion beschränkt werden können, sondern um so größere Rationalisierungserfolge aufweisen werden, je mehr betriebliche Bereiche in die Zusammenarbeit einbezogen werden. Insbesondere die gegenseitige Zurverfügungstellung der Vertriebswege ist eine Grundvoraussetzung jeder Intensivkooperation ... sich mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit eigener Vertreter in den Ostländern der Vertriebswege von Partnerunternehmen zu bedienen, um nicht auf die allgemein zuständigen Außenhandelsunternehmen angewiesen zu sein und für den eigenen Vertrieb die Branchenkenntnisse der Partnerunternehmen auszunutzen ... In einer Reihe von östlichen Staaten ist dies zulässig."

(2) "Handelsblatt" 31.10.1969

(3) W.M. Breuer in "Marxist, Blätter" Nr. 2 März/April 1971 S. 20

Dies sind mehr oder weniger streng eingehaltene Schutzmaßnahmen der RGW-Länder, um dem Vordringen der Imperialisten einen Riegel vorzuschieben. Die Entwicklung geht jedoch dahin, daß die RGW-Länder diese Schutzmaßnahmen auflockern und langfristig beseitigen.

1. Was die Direktinvestitionen betrifft, so spielen Jugoslawien und Rumänien weniger die Rolle der "Ausnahme in der Regel", sondern eher die eines Vorreiters.
2. Es tauchen immer wieder Gerüchte und Informationen auf, die osteuropäischen Währungen würden in den nächsten Jahren freigegeben. (4)
3. Die Handelsbilanz des RGW gegenüber der BRD hat sich in der zweiten Hälfte der 60iger Jahre ganz erheblich verschlechtert. Diese Tendenz hält gegenwärtig an und hat eine Verschuldung gegenüber der BRD zur Folge. (s.o.)
Zwar bemühen sich die RGW-Länder nach wie vor um eine positive Bilanz; das wird jedoch mehr und mehr auf den gesamten Außenhandel bezogen, während man von der Bilateralität langsam abkommt.

Hinsichtlich der Bilateralität beklagen sich die westdeutschen Kapitalisten immer wieder, die RGW-Waren seien auf dem westdeutschen Markt nicht absetzbar. Nun unterliegen die Produkte aus den osteuropäischen Ländern auf dem BRD-Markt in der Tat starkem Konkurrenzdruck. Hinter der Behauptung, daß sie "nicht absetzbar" seien steht jedoch, daß die Imperialisten mit der Steigerung ihrer Ostimporte Zugeständnisse für sich erreichen wollen. Sie nehmen die Revisionisten mit ihrem Geschwätz von der "internationalen Arbeitsteilung" und der "Integration in den Weltmarkt" beim Wort und fordern von ihnen, die Produktion im RGW mehr nach westlichen Märkten auszurichten sowie direkte Kontakte bzw. eine direkte Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Firmen zu ermöglichen. (5)

(4) "Industriekurier" 30.6.1970: "Zudem wissen verantwortliche Ungarn wie Jugoslawen von der Chance zu berichten, daß bis 1975 die osteuropäischen Währungen konvertibel werden."

(5) "Handelsblatt" 17.3.1970: "Die Ostblockländer müssen sich stärker als bisher an die Marktgegebenheiten in der BRD anpassen. Sie sollten den deutschen Importeuren die Möglichkeit geben, direkt mit den Produzenten zu verhandeln." (Fritz Dietz, Präsident des BV des dtsh. Groß- und Außenhandels).

"Wirtschafts-Correspondent" 26.4.1969: "Für den Erfolg der östlichen Absatzbemühungen ist für die Zukunft die Marktbearbeitung und Marktforschung von entscheidender Bedeutung."

Durch die eingeleiteten Reformen in einigen osteuropäischen Staaten, durch die der Wettbewerb der Unternehmen untereinander gestärkt werden soll, konnte ein positiver Einfluß auch auf diese Absatzbemühungen in der Bundesrepublik ausgehen.

Angriffe gegen Wirtschaftsplan und Außenhandelsmonopol

Worauf die Imperialisten hinauswollen, ist klar: Ihre Angriffe richten sich auf diesem Gebiet vor allem gegen die Elemente staatlicher Wirtschaftsführung und -kontrolle im RGW. Der zentrale Plan und das staatliche Außenhandelsmonopol bilden die nächste Hürde, die sie nehmen wollen.

In der Diktatur des Proletariats ist der zentrale Plan das wichtigste ökonomische Instrument, um die Produktion nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, um die Anarchie der bürgerlichen Produktionsweise zu überwinden. Ebenso bildet das Außenhandelsmonopol ein Grundprinzip des Sozialismus. Lenin hatte erklärt, daß "das Industrieproletariat ... absolut nicht in der Lage ist, seine Industrie wiederherzustellen und Rußland zu einem Industrieland zu machen, wenn das Land nicht ausschließlich durch das Außenhandelsmonopol, sondern nur irgendwie durch die Zollpolitik geschützt ist." (1) Stalin stellte fest, daß "... das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist." Die Abschaffung dieses Monopols würde "Verzicht auf die Industrialisierung des Landes" und "Überschwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern" beziehungsweise "die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein halbkoloniales Land" (!) bedeuten. (2)

Wem dienen die "ökonomischen Reformen"?

Die revisionistischen "ökonomischen Reformen" in praktisch allen RGW-Ländern kommen den Imperialisten jedoch schrittweise entgegen. (3) Darin erhalten die einzelnen Betriebe eine weitgehende Autonomie und eine stärkere Ausrichtung auf den Markt, auf Profit und Rentabilität. Das steht in engem Zusammenhang mit der Politik der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern. Die "Reformen" begünstigen eine weitere Verflechtung mit dem Imperialismus (Erhöhung der Handelsumsätze, breitere Kooperationen); gleichzeitig können die Imperialisten ihre Positionen verbessern, da die politische Kontrolle über die "Zusammenarbeit" abgeschwächt wird.

Dazu stellen die Kapitalisten befriedigt fest: "Je mehr man auch in den östlichen Partnerländern den Begriffen Gewinn und Markt vermehrte Aufmerksamkeit schenkt, desto größer wird auch ihr Interesse an einer echten Koopera-

(1) "Über das Außenhandelsmonopol" Werke Bd. 33

(2) "Unterredung mit der 1. amerikanischen Arbeiterdelegation" Werke Bd. 10

(3) siehe 2. Teil der Broschüre

ration mit dem Westen sein" und "Kooperation und Koproduktion von den Reformen im Ostblock günstig beeinflusst". (4) Die Forderung der Kapitalisten, die Produktion in den RGW-Ländern mehr auf die Gegebenheiten der westlichen Märkte auszurichten, soll offenbar erfüllt werden. Die Revisionisten haben sich die "Erschließung westlicher Märkte", das Anwachsen des Exports in die entwickelten kapitalistischen Ländern sowie die Änderung der Struktur desselben - Ausdehnung des Exports moderner Maschinen und komplexe Anlagen - zum Ziel gesetzt. Dazu sollen die RGW-Länder "die verschiedensten Formen der Marktbewirtschaftung ausnutzen, die in der kapitalistischen Welt angewandt werden", also Marktforschung, Reklame etc. Diese "neuen Tendenzen in der Entwicklung des Außenhandels der sozialistischen Länder" haben unter anderem zur Folge, daß die Außenhandelsorganisationen nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten und unter politischer Kontrolle arbeiten, sondern "nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung" und mit "größerer Selbstständigkeit". (5)

Darin drückt sich ein Wandel im Charakter und in der Handhabung des Außenhandels der RGW-Länder mit der kapitalistischen Welt aus. Während der RGW früher den Handel mit den kapitalistischen Ländern aus dem Überschub bestritt, der bei der Planerfüllung erzielt wurde, soll heute von vorneherein und ausdrücklich auch für diese Exporte produziert werden - "Erschließung westlicher Märkte". Umgekehrt wird die Erfüllung des Wirtschaftsplans nun von den kapitalistischen Lieferungen und der "Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten abhängig. Das heißt eigentlich, daß sich die RGW-Länder und die BRD in ihren wirtschaftlichen Beziehungen wie kapitalistische Länder gegenüberstehen. Die "sachlichen, rein ökonomischen Grundlagen", die sich die Revisionisten für diese Beziehungen wünschen, sind diejenigen der kapitalistischen Warenproduktion und Konkurrenz. Wer dabei den kürzeren zieht soll der "ökonomische Wettbewerb" entscheiden.

Es nützt daher wenig, wenn der DDR-Ökonom Domdey appelliert, Handel und Kooperation mit dem Westen seien ein "Feld des Klassenkampfes". (6)

Denn der Klassenkampf ist vor allem politischer Art, und wer das leugnet, betreibt bürgerliche Politik und spielt dem Imperialismus die Trümper geradezu in die Hand. In dem Maße, wie die politische Kontrolle (zentraler Plan, Außenhandelsmonopol) zugunsten der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" und "größerer Selbstständigkeit" aufgegeben wird, wie die klassenmäßige Außenpolitik des proletarischen Internationalismus den "Kooperationen" und dem "ökonomischen Wettbewerb" weicht, in dem Maße wird auch dem Imperialismus das Vordringen ins sozialistische Lager erleichtert.

Freilich warnen die Revisionisten, daß "jedes Abgehen von den Prinzipien des Außenhandelsmonopols der sozialistischen Wirtschaft ernste Schäden zufügen kann" (6) Trotzdem ermöglichen sie den Kapitalisten inzwischen

(4) "Nachrichten für den Außenhandel" 6.6.1970 und "Handelsblatt" 22.4.1968

(5) "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen" S. 113/114

(6) "Europäische Sicherheit und Internationale Wirtschaftsbeziehungen"

weitgehend direkte Kontakte mit den einzelnen Firmen im RGW. Das war z. B. der Preis, den Rumänien für die Aufnahme in das GATT zahlen mußte. In einigen anderen RGW-Ländern werden diese direkten Kontakte über sog. "Rahmenvereinbarungen" geregelt. In der DDR verfügen exportierende Betriebe seit 1968 über ein eigenes Devisenkonto, was die Zuständigkeit der staatlichen Außenhandelsorganisationen weiter herabsetzt.

ZUSAMMENFASSUNG:

Die "Neue Ostpolitik" ist keineswegs eine "Politik des Friedens und der Völkerverständigung". Sie zielt auf die Schwächung und Zersetzung des sozialistischen Lagers. Sie versucht wirtschaftliche Abhängigkeiten der einzelnen RGW-Länder vom westdeutschen Imperialismus zu schaffen. Sie setzt an der revisionistischen Entartung dieser Länder an, die sie mit verschiedenen Mitteln unterstützt und vorantreibt. Der Osthandel wird diesen politischen Zielen untergeordnet und im Rahmen dieser Taktik eingesetzt.

Gleichzeitig betreibt der westdeutsche Imperialismus eine

sationen weiter herabsetzt.

Hier sind die "ökonomischen Reformen" lediglich in ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern untersucht worden. Gerade darin zeigt sich jedoch konkret, wie sie dem Vordringen des Imperialismus unmittelbar Vorschub leisten.

massive Aufrüstung, um seine Expansion nach Osten gegebenenfalls mit Gewalt durchzuführen.

Ein "Friedenskampf" daher, der auf eine "realistische Fiktion der Monopolbourgeoisie" hofft, und unter der zentralen Parole "Ratifizierung der Verträge" steht, ist geeignete falsche Vorstellungen über die Inhalte der "Neuen Ostpolitik" und den Charakter des Imperialismus zu wecken.

Ein konsequenter Kampf um die Erhaltung des Friedens ist nur möglich als Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus.

ANZEIGEN:



Arbeiterkampf

die überregionale Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Ernst Thälmann Über Gewerkschaften

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI

100 S. A5 kart. 3,- DM

Das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fand vom 3. bis 19. Juli in Moskau statt.

Ernst Thälmann hielt ein Referat über "Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien". Das Referat hielt Losowski über "Der ökonomische Kampf und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien".

Thälmann zeigte in seinem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte: den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer "revolutionärer" Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage: gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Ernst Thälmann wies hin auf die Notwendigkeit eines selbständigen Auftretens der Kommunistischen Parteien bei der Führung ökonomischer Kämpfe, in der Streikbewegung und bei den Betriebsrätewahlen.

Ernst Thälmann erweist sich auch in seinen Beiträgen auf dem 10. Plenum des EKKI als unermüdlicher Kämpfer für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, als prinzipienfester Verteidiger des Marxismus - Leninismus gegen alle rechts- und "links" opportunistischen Verfälscher.

Ernst Thälmann hat bei anderer Gelegenheit festgestellt, daß die Gewerkschaftsfrage für die Kommunistischen Parteien der "Knotenpunkt aller politischen Probleme" ist. "Die Gewerkschaftsfrage ist die Grundlage unserer Taktik. Durch sie wird das Verhältnis von Partei und Klasse entschieden, das Verhältnis unserer Partei zur deutschen Arbeiterklasse." (Referat auf dem 10. Parteitag der KPD, Juli 1925).

Die Erkenntnis der Notwendigkeit und Aktualität eines solchen Herangehens an die Gewerkschaftsfrage gewinnt gegenwärtig bei den Kommunisten an Boden. Im Rahmen umfassender Arbeiten haben wir uns zur Herausgabe dieser Schrift entschlossen.

Hermann Remmele Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

100 S. A5 kart. 3,- DM

Nachdruck aus "Die Internationale", "Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus" der KPD, Frühjahr 1930.

Hermann Remmele (1880 - 1939), Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, Abgeordneter im Reichstag, Vorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus, Mitglied des Präsidiums des EKKI, 1935 aus der KPD ausgeschlossen.

Die Schrift "Schritt halten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?" wurde von Hermann Remmele in der Zeitschrift "Die Internationale" ab Heft 5, Anfang März im Jahre 1930 veröffentlicht.

Sie wurde im Auftrag des ZK der KPD im Kampf gegen die sektiererische Politik der Gruppe um Merker erstellt, der dann aus dem ZK ausgeschlossen wurde. Die Merker - Gruppe wollte die SPD zum "Hauptfeind" erklären.

Während dieser Artikelserie - am 27. 3. 30 - wurde der sozialdemokratischen Hermann - Müller - Regierung von der Kapitalistenklasse ein Fußtritt versetzt, nachdem sie durch die SPD - Regierung die Young - Gesetze hatte verabschiedet lassen.

Ausgehend vom Kampf gegen die linkssektiererische Merker - Gruppe wird im Remmele - Artikel die Bedeutung des Kampfes gegen jede Art des Opportunismus prinzipiell aufgezeigt und dem Opportunismus die Aufgaben der Kommunisten entgegengehalten.

Obwohl sich die Rolle der SPD grundsätzlich nicht geändert hat, und die geschichtliche Entwicklung nach 1933 zur völligen Zerschlagung der Arbeiterbewegung führte, versuchen heute linkssektiererische Gruppen, die "Theorien" der Merker - Gruppe noch in den Schatten zu stellen. Da die Massenkämpfe und der Aufbau der Kommunistischen Partei in der BRD in den Anfängen stehen, gewinnt diese Auseinandersetzung ganz besondere Bedeutung. Um den Rechtsopportunisten konsequent niederzukämpfen, ist es notwendig, das Linkssektierertum zu zerschlagen.

Eins teilt sich in zwei

100 S. kart. DM. 6,50

"Eins teilt sich in zwei" ist auf alle Dinge in der Welt anwendbar. Jedes Ding birgt zwei entgegengesetzte Aspekte in sich. Wenn wir eine Frage untersuchen oder eine Arbeit verrichten, müssen wir ihre Widersprüche anerkennen, diese Widersprüche analysieren und uns ernstlich bemühen, sie zu lösen. Genosse Mao Tse-tung schreibt, daß uns die marxistisch-leninistische Dialektik "vor allem lehrt, die Bewegung der Widersprüche in den verschiedenen Dingen verständnisvoll zu beobachten und zu analysieren und auf der Grundlage dieser Analyse Methoden für die Lösung der Widersprüche zu bestimmen." Außerdem schreibt er: "Wir müssen lernen, die Probleme allseitig zu betrachten, nicht nur die Vorderseite der Dinge zu sehen, sondern auch ihre Kehrseite." Die Anwendung des Prinzips "Eins teilt sich in zwei" ist für uns die grundlegende Methode zum Studium der Dinge.

(Aus der Anmerkung der Redaktion der "Zhuxue Yanjiu")

Die Schrift "Eins teilt sich in zwei" enthält 100 Beispiele zur Illustration des Gesetzes von der Einheit der Widersprüche, die von Arbeitern, Bauern, Soldaten und revolutionären Funktionären der VR China geschrieben wurden. Sie sind lebendige Beispiele für die erfolgreiche Anwendung der dialektisch-marxistischen Methode auf alle Probleme des Klassenkampfes, der Produktionstätigkeit und des wissenschaftlichen Experiments. Die Artikel sind für jeden Genossen eine wertvolle Hilfe, um den Kampf zweier Linien aktiv zu führen, um die bürgerliche Ideologie allerorts zu bekämpfen und unser Bewußtsein zu revolutionieren. Darum auch haben die Revisionisten ein fürchterliches Geschrei angestimmt, als dieses Buch erschienen und es verächtlich als "chinesisches Märchenbuch" tituliert. Die Revisionisten haben in der ihnen eigentümlichen Weise den Nutzen dieser Artikel für die kommunistische Bewegung als eine Gefahr für die revisionistische Theorie erkannt. Und da haben sie sicher recht!

Diese Schrift, die von Genossen der Hamburger Universität aus dem chinesischen übersetzt wurde, erscheint erstmals in deutsch

Inhalt

- S. 3 VORBEMERKUNGEN ZUR STRATEGIE UND IDEOLOGIE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
- S. 6 DER "OSTHANDEL" POLITISCHE WAFFE DES BRD-IMPERIALISMUS
- S. 6 - 9 historische Entwicklung
- S. 10-19 Der "Osthandel" in Zahlen und Schaubildern
die Entwicklung des "Osthandels" mit den einzelnen RGW-Ländern
- S. 20 die Warenstruktur des Osthandels der BRD
Maschinen gegen Rohstoffe
- S. 21 Kooperation oder Kapitalexport ?
- S. 22 Konkrete Formen des Kapitalexports
- S. 24 Was sind die nächsten Schritte ?

Impressum

Unser Weg (ehemals KAB-Arbeiterzeitung)

Revisionismuskritik 4, Teil 1

erscheint im Verlag Arbeiterkampf

c/o Jürgen Reents 2 Hamburg 13 Hochallee 21

Verlagskonten : Dresdner Bank Kto-Nr 451 8378

Postscheckkonto : Hamburg 24 05 95

Postadresse: J. Welsch

2 Hamburg 39

Alsterdorfer Str. 375 c

Auflage : 4500

Unser Weg

Ein Abonnement (6 Ausgaben incl. Porto) der Zeitschrift des KB zu
Fragen der Arbeiterbewegung kostet DM 4.20.